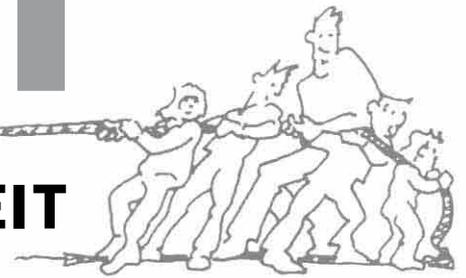


FORUM

36. Jahrgang
2. Quartal · Juni 2020
ISSN 1434-4696
C 12948 · 5,50 Euro

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



Rechts(d)ruck in Sozialer Arbeit



ISSN 1434-4696
C 12948
36. Jahrgang
2. Quartal, Juni 2020

Herausgeber und Verlag
Verband Kinder- und Jugendarbeit
Hamburg e.V.
Budapester Straße 42
20359 Hamburg
fon 040 / 43 42 72
fax 040 / 43 42 84
E-Mail: info@vjkjh.de
www.vjkjh.de

Redaktion (V.i.S.d.P.)
Svenja Fischbach, Karen Polzin

Ständige Mitarbeiter*innen
Joachim Gerbing, Susanne Bauer,
Beirat FORUM

Layout
Renate Möller

Druck
Drucktechnik Altona
Große Rainstraße 87, 22765 Hamburg

Jahresabo
4 Ausgaben inkl. Versand: 25 €
Einzelheft 5,50 € zzgl. Versand
Der Bezugszeitraum beträgt ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30.09. des laufenden Jahres gekündigt wird.

Auflage dieser Ausgabe
900

Nachdruck
Nach Rücksprache, Angabe der Quelle und bei Zusendung eines Belegexemplars erwünscht

Hinweis
Die Beiträge stellen keine vereinsoffiziellen Mitteilungen dar; namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Leser*innenbriefe zu kürzen.

Titelbildnachweis
IvanaDivisova_flickr

Antje Heigl und Günter Kugler
(JUZ Kesselstadt)
Der rassistische Anschlag von Hanau und dann die Corona-Pandemie
Protokoll einer Katastrophe 4

EINFLUSSNAHME VON RECHTS
Steffen Poetsch, Dr. Christoph Gille und Prof. Dr. Birgit Jagusch
Landnahmen der Neuen Rechten in der Kinder- und Jugendarbeit 8
Eva Grigori
„Jugend im Sturm“ oder viel heiße Luft?
Zur Jugendarbeit der extremen Rechten 16

Prof. Dr. Christof Beckmann, Lucas Claren, Johanna Jenkner, Julia Rillinger, Ayken-Konstanze Spura und Lena-Maria Uhlemann
„Rechtsruck“ und Soziale Arbeit
Ergebnisse eines Lehrforschungsprojekts 20

JUGENDARBEIT IST HERAUSGEFORDERT
Dr. Nils Schumacher, Moritz Schwerthelm und Gillian Zimmermann
Politische Interventionen im Arbeitsfeld der OKJA?
Was soll das eigentlich sein?
Einige Überlegungen aus einem laufenden Forschungsprojekt 26

Julia Besche
„Das, was für die eine eindeutig rechtsextrem ist, wertet der andere als jugendliches Protestverhalten“
Rechtspopulistische Verunsicherung in der Politischen Bildung 32

Prof. Dr. Michael Görtler
Rechtspopulismus in der Praxis der Jugendarbeit 37

Kai Dietrich und Dr. Nils Schuhmacher
Jugendarbeit als „Bollwerk“ der Demokratie? Oder: Das Ziel von Jugendarbeit ist Freiheit 40

GEGENPOLE AUS DER PRAXIS
Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg
Kita: Eigene Strukturen betrachten sowie betroffene Kinder und Familien stärken 46

Fabian Fritz
„The kids aren't alt-right“
Antifaschistisch-politische Jugendbildungsarbeit im Kontext Fußball. Vorstellung und Praxisreflexion des Projektes „Bildung am Millerntor“ . . . 50

Dr. Johanna Sigl
Die Neue Rechte als Gegenstand digitaler pädagogischer Interventionen
Befunde einer ersten Praxisevaluation 56

Morten M. Gloy (BASFI)
Das Hamburger Landesprogramm gegen Rechtsextremismus
Ansätze für Profession und Praxis der Sozialen Arbeit 60

VERANSTALTUNGEN
Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg
Die Würde des Kindes ist (un)antastbar?
Zur Heimkampagne 3.0. 63

Joscha Thiele
Eine Kinderstadt für Hamburg . . . 65



Foto: geralt_pixabay



E d i t o r i a l

*Liebe Leser*innen!*

Die Covid-19-Pandemie mit all ihren Auswirkungen verdrängte in letzter Zeit viele andere Themen und Entwicklungen. Es hätte dabei fast der Eindruck entstehen können, dass die Welt keine anderen Probleme mehr habe. Im Augenblick des Schreibens dieses Editorials hält jedoch der Tod von Georg Floyd durch rassistische Polizeigewalt Menschen in vielen Ländern und auch uns in Atem. Innerhalb weniger Tagen ist als Reaktion darauf ein globaler Protest entstanden, der vor allem die strukturelle Diskriminierung von ‚People of Color‘ anprangert. Gleichzeitig ruft dies auch (neu-)rechte Kräfte auf den Plan. Menschenfeindliche, rassistische „Rattenfänger*innen“ haben auch über die Corona-Zeit nicht an Strahlkraft verloren; ganz im Gegenteil: Antisemitische Verschwörungstheorien sind – wie so oft in Krisenzeiten – wieder hoch im Kurs.

Von der Corona-Pandemie überschattet ist die Erinnerung an den 19. Februar 2020. Das war der Tag, an dem ein Mann neun Menschen aus rassistischen Motiven erschossen hat. In dem ersten Beitrag berichten uns *Antje Heigl und Günter Kugler*, die im Jugendzentrum Kesselstadt in Hanau arbeiten und fünf der Opfer persönlich gekannt haben, von der schweren Zeit nach dem rechtsterroristischen Anschlag.

Mehr als überfällig erscheint uns, den Rechts(d)ruck auch in der Sozialen Arbeit und insbesondere in der Arbeit mit jungen Menschen zu thematisieren. Wie gezielt versucht wird, auf etablierte Angebote der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen Einfluss zu nehmen, verdeutlichen *Steffen Poetsch, Dr. Christoph Gille und Prof. Dr. Birgit Jagusch* anhand der Ergebnisse ihrer Studie. Auch über eigene soziale Angebote der extremen Rechten berichten sie dabei. Was für Nordrhein-Westfalen gilt, lässt sich auch auf andere Bundesländer übertragen. Die lokale Wirksamkeit von rechtsextremer Jugendarbeit in Sachsen auf junge Menschen wird in dem Beitrag von *Eva Grigori* plastisch vor Augen geführt. Im Beitrag von *Kai Dietrich und Dr. Nils Schuhmacher* finden sich Interviews mit jungen Menschen aus dem ländlichen Raum in Sachsen. Diese

berichten über ihren Alltag zwischen völkischem Nationalismus und engagierten Demokrat*innen.

Fachkräfte sind hier nochmals mehr gefordert und sollten in die Lage versetzt werden, einer prozesshaften Radikalisierung hin zu rechtsextremen Haltungen handlungskompetent zu begegnen, wie *Julia Besche* und *Michael Görtler* einfordern. Nicht außer Acht zu lassen ist, dass sich der Diskurs bereits seit Jahren verschiebt und rechtes Gedankengut immer sagbarer wird. Wie Fachkräfte hier selbst dazu beitragen oder versuchen sich dem entgegenzustellen, findet sich nicht nur in dem Beitrag von *Julia Besche*, sondern auch in Kita-Praxisbeispielen aus der Arbeit des *Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Hamburg*. Gegenpole aus der Praxis bilden außerdem die Projekte „Bildung am Millerntor“ und „De-konstrukt“, von denen uns *Fabian Fritz* und *Dr. Johanna Sigl* zu berichten wissen.

Politische Interventionen richten sich vielfach gegen Einrichtungen, die als ‚links‘ markiert werden, so ein – angesichts der bundesrepublikanischen Geschichte wenig verwunderlicher, aber dennoch denkwürdiger – erster Befund aus dem noch laufenden Forschungsprojekt von *Dr. Nils Schumacher, Moritz Schwerthelm und Gillian Zimmermann*. Die Streitigkeiten um das Antifa-Café Pinneberg (siehe Einleger der FORUM-Ausgabe 1/2020) werden demzufolge wohl keinen Einzelfall darstellen.

Kann – wie der Titel des Beitrags von *Kai Dietrich und Dr. Nils Schuhmacher* fragt – Jugendarbeit als ‚Bollwerk‘ der Demokratie gelten? Das liegt nicht nur, aber auch an uns Fachkräften ...

Aus gegebenem Anlass – wie dieses Heft, aber auch ein Blick über den „großen Teich“ verdeutlichen – beschließen wir daher das Editorial mit Worten, die bereits im während der 1920er Jahren in Italien aktuell waren: *Alerta, Alerta, Antifascista!* Und: *White Silence is Violence.*

*Svenja Fischbach, Karen Polzin
und Joachim Gerbing*

Der rassistische Anschlag von Hanau und dann die Corona-Pandemie

Protokoll einer Katastrophe

von Antje Heigl und Günter Kugler (JUZ Kesselstadt)

In unser JUZ kommen täglich ab dem Nachmittag durchschnittlich ca. 80 Jugendliche. Viele kommen regelmäßig. Die allermeisten kennen wir deshalb ziemlich gut, man spürt eine familiäre Atmosphäre, zur Begrüßung geben wir uns die Hand. Es gibt Billardtische, mehrere PC-Arbeitsplätze, SchülerInnenhilfe, einen Tischtennisraum, große Aufenthaltsräume mit gemütlichen Sitzgruppen, eine große Küche, in der oft gekocht wird. Unten im Keller gibt es einen Fitnessraum und eine Boxhalle, in der täglich Trainingseinheiten im Rahmen eines gewaltpräventiven Boxtrainings stattfinden. Der Umfang der Angebote beträgt 50 Stunden wöchentlich, teilweise auch zeitlich parallel.

Die Hanauer Weststadt – Teil des Stadtteils Kesselstadt Weststadt – ist ein sehr heterogenes Quartier. Ende der sechziger Jahre vom Reißbrett hochgezogen, leben hier 8000 Menschen auf relativ dicht bebautem, von Hochhäusern und mehrgeschossigen Wohnblöcken geprägtem Gebiet. Hier befindet sich rund die Hälfte aller Sozialwohnungen Hanaus. Eng daran angrenzend gibt es auch Reihen- und gediegene Einfamilienhäuser. Es gibt einen zentralen Platz und eine hinreichende Nahversorgung über Ladengeschäfte. Den durchaus vielen Problemen stehen eine noch gut zu nennende soziale Infrastruktur sowie ÖPNV-Anbindung, kurze Wege und eine hohe Kommunikation im Stadtteil gegenüber.

Das JUZ liegt in unmittelbarer Nähe zur Arena-Bar, wo am 19. Februar 2020 sechs Menschen erschossen wurden. Fünf der Opfer kennen wir persönlich, auch etliche der Überlebenden von anderen Tatorten in der Innenstadt, darunter mehrere Schwerverletzte. Drei der Opfer, alle Anfang 20 waren regelmäßig bei

Das JUZ liegt in unmittelbarer Nähe zur Arena-Bar, wo am 19. Februar 2020 sechs Menschen erschossen wurden.

uns im JUZ. Die drei waren „echte“ Hanauer Jungs, wurden hier geboren. Einer von ihnen kam aus einer Familie mit bosnischem Migrationshintergrund, ein anderer aus einer afghanischen, der dritte aus einer türkisch-kurdischen. Die Tatsache, dass sich alle drei Familien dafür entschieden haben, aus Respekt vor der Freundschaft der Jungs, sie direkt nebeneinander auf dem Hanauer Hauptfriedhof beerdigen zu lassen, zeigt deutlich, wie sehr diese rassistischen Morde auf eine längst stattfindende Integration der verschiedenen Kulturen treffen. Viele Jugendliche im Stadtteil bewegen sich ganz selbstverständlich in multiethnischen Peergroups, es bestehen vergleichsweise wenig ethnische Spannungen.

Wir als Jugendzentrum wollen alles dafür tun, uns dies nicht von einem ver-

rückten rassistischen Täter kaputt machen lassen!

Viele der Jugendlichen, die zu uns kommen, haben den Anschlag miterlebt und dabei Freunde verloren. Die Weststadt ist wie ein Dorf, sehr viele Menschen kennen einander. Deshalb ist die Betroffenheit enorm groß, es gibt eine dreistellige Zahl traumatisierter Menschen. Auch wir waren an dem Abend vor Ort, das JUZ schließt mittwochs um 22 Uhr, der letzte Jugendliche, der unser Haus verließ, war wenige Minuten später tot. Wir selbst waren kurz danach am Kurt-Schumacher-Platz, da wir mitbekommen hatten, was hier passiert ist. Wenn man die Leichen, die Verletzten, das viele Blut sieht und die Gesichter kennt, kommt man aus so einer Situation nicht unbeschadet heraus.

So etwas wie eine reguläre Struktur von Angeboten war danach nicht möglich. Wir haben das JUZ jeden Tag lange geöffnet, auch an den Wochenenden. Sind mit den Jugendlichen zu den Anschlagorten gegangen, haben Kerzen angezündet



Foto: JuzK-town

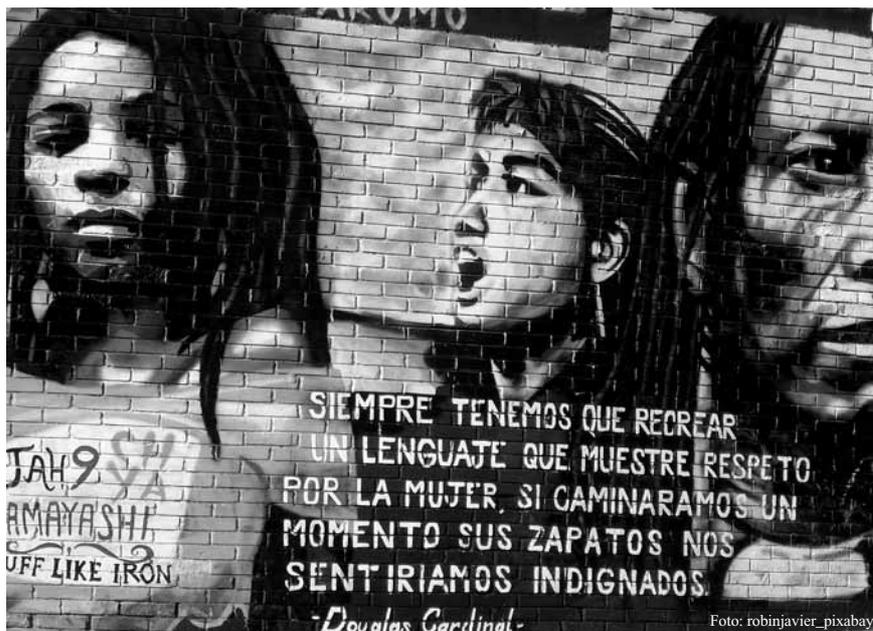
det und Blumen niedergelegt, sind auf Demonstrationen und Beerdigungen gegangen. Wir hatten das Gefühl: Wir machen das nicht nur für die Opfer und die anderen Jugendlichen, sondern so wird es auch für uns leichter.

Der Täter war ein Nachbar, er wohnte – zurückgezogen und sozial isoliert – im Haus seiner Eltern, in der gleichen Straße in der auch das Jugendzentrum liegt, auch in unmittelbarer Nachbarschaft zu mehreren Familien der Opfer. Dort tötete der 43-jährige noch in der Anschlagsnacht auch seine Mutter und sich selbst. Hohe Wellen schlug es, als der Vater des Täters – den die Polizei zur Zeugenbefragung mehrere Tage mitgenommen hatte – wieder in das Haus zurückkehrte, und deutlich wurde, dass er weiter hier

Für viele der Angehörigen und der Überlebenden war das JUZ ein Ort der Sicherheit, ein Ort an dem sie ein wenig Ruhe finden konnten.

wohen will. Diese räumliche Nähe und persönlichen Bezüge verschärfen die Auswirkungen des Anschlags massiv, weil hier verschiedene Effekte für immer neue Konflikte sorgen und die Situation anheizen. So sind viele Spekulationen über die Rolle des Vaters im Umlauf, zumal er im Stadtteil bereits vor den Morden als einschlägig bekannt beschrieben wurde. Die faktische Informationsblockade durch die Polizei schafft einen Nährboden, auf dem solche Spekulationen weiter sprießen. Viele Menschen fühlen sich weiterhin bedroht, viele glauben die spärlichen Aussagen der Sicherheitsbehörden nicht. Als die Polizei bei der Rückkehr des Vaters auch noch in sogenannten „Gefährderansprachen“ die Opferfamilien und die Nachbarschaft aufforderte, ihn nicht zu behelligen, waren viele Menschen außer sich. Manche vor Wut, andere hatten

Das JUZ K.town ist seit 1980 in Trägerschaft der Ev. Kirche und eine gemeinsam mit der Stadt Hanau getragene Einrichtung der Offenen Jugendarbeit. Schwerpunkte auf rund 700 qm Nutzfläche unter einem Dach sind Beratung, Offene Jugendarbeit und Sportangebote.



Angst ihm zu begegnen. Einige Tage später wurden zwei Autos, die dem Vater des Täters gehörten vor seiner Garage angezündet und brannten aus. Auch wurde an der Arena-Bar vor einigen Wochen eine Fensterscheibe eingeworfen. Manche glauben, es handele sich um einen erneuten Anschlag von rechts auf diesen Tatort, andere vermuten eher, dass eine mögliche Wiedereröffnung der Bar für Unruhe sorgt. Bisher wurden keine möglichen Täter für diese Vorfälle ermittelt, was natürlich ebenfalls Spekulationen auslöst. Dann gab es Empörung, als verschiedene Pressemeldungen besagten, das BKA bereite einen vorläufigen Abschlussbericht vor, in dem der Täter als nicht rassistisch eingestellt bezeichnet werde. Diese Pressemeldungen wurden später zwar vom BKA vage dementiert. Diese und andere ähnliche Vorfälle zeigen aber, wie groß die Unruhe im Stadtteil anhaltend bleibt.

Nach den Anschlägen die Corona-Pandemie – Traumaverarbeitung nicht möglich!

Es gibt drei wesentliche Möglichkeiten Traumatisierungen zu verarbeiten: Psychotherapie, Erleben von Gemeinsam-

keit, vertrauten Beziehungen und Sicherheit sowie körperliche Erlebnisse: Bewegung, Sport, Entspannung. Dies alles findet seit Mitte März kaum noch statt. Als Trauma bezeichnet man ein unerträgliches Ereignis, das Menschen an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit bringt und letztlich Ohnmacht und sogar Todeserfahrungen impliziert. Dies kann bis zu einer Auflösung der innerpsychischen Strukturen führen, die den Menschen Sicherheit, Vertrauen und Zuversicht ermöglichen. Liegt bereits eine Traumatisierung vor, zum Beispiel durch Vernachlässigung und Gewalt in der frühen Kindheit, verbinden sich die biographischen Schreckensereignisse. Dies kann zu anhaltenden schweren Störungen des ‚Selbst‘ führen. Für die Verarbeitung von traumatischen Erlebnissen ist es wichtig zu wissen, was mit mir passiert, woher zum Beispiel eine erhöhte Schreckhaftigkeit kommt, warum ich die Bilder im Kopf nicht loswerde, warum ich teilweise apathisch dasitze und nur noch den Wunsch habe mich zurückzuziehen. Warum ich ein anderes Mal über die Maßen aggressiv reagiere oder einfach unruhig bin und nicht mehr schlafen kann. Traumatische Erlebnisse wirken sich bei jedem Menschen anders aus. Wichtig ist, sich selbst zu beobachten, was tut mir gut, was hilft und was nicht. Von großer Bedeutung ist, sich selbst wieder als wirkmächtig und handlungsfähig zu erleben. Sich in Gemeinschaft, sei es Familie oder FreundInnen, aufgehoben und si-

Foto: photoheuristic.info_flickr



cher fühlen zu können. Ängsten zu begegnen, indem man sich nicht mehr ohnmächtig ausgeliefert fühlt.

All dies wurde nach dem Anschlag im JUZ praktiziert. Die Räume waren – gefühlt – immer offen, geheizt, es gab warmes Essen und Getränke. Die Jugendlichen wussten aus Erfahrung, dass sie im JUZ immer ein nettes Wort und ein offenes Ohr finden. Deshalb, und auch nur deshalb, war es nach der Katastrophe des Attentates möglich in dieser Intensität zu helfen. Es wurde gemeinsam getrauert, Gedenken organisiert, über die Toten gesprochen. Für viele der Angehörigen und der Überlebenden war es ein Ort der Sicherheit, ein Ort an dem sie, mitten unter Menschen, ein wenig Ruhe finden konnten. Therapie konnte denen angeboten werden, die so etwas für sich normalerweise nicht in Anspruch nehmen würden. Therapie fand auch vor Ort statt, durch PsychologInnen, die dem JUZ nahe stehen und einfach kamen, um zu helfen. Bereits zehn Tage nach dem Attentat wurde das Box-training wiederaufgenommen, weil es den Jugendlichen half, in Kontakt mit dem eigenen Körper zu kommen, durch Anstrengung körperlich und seelisch zu entspannen, aber auch um die Wut rauszulassen, auf den Täter, auf das Unabänderliche und Unbegreifliche.

Wir, das JUZ-Team, waren so intensiv beschäftigt, dass wir die pandemische Ausbreitung des Virus und den im Grunde absehbaren Shutdown erst realisierten als er stattfand. Für uns war es zunächst unfassbar, dass diese Extremsituation keine vier Wochen nach den

Morden von einer weiteren Katastrophe derart überrollt wird. Praktisch über Nacht wurde das JUZ geschlossen und alle Hilfen und Angebote eingestellt. Jetzt wurden in Windeseile Diensthandys und Notebooks angeschafft, Video-konferenzen und Home Office organisiert. Das sind alles Möglichkeiten für organisatorische und administrative Arbeiten, vordergründig eine scheinbare Alternative zum persönlichen Kontakt, allerdings gerade für die stark beziehungsorientierte Arbeit mit sozial benachteiligtem Klientel nur eine Krücke – aber ... mehr als nichts. Das Arbeiten im Home-Office ist einerseits zeitintensiver und gleichzeitig oberflächlicher als im direkten Kontakt. Der Blick in die Augen fehlt, die Berührung durch den Handschlag, die räumliche Nähe, alles Kleinigkeiten. Kleinigkeiten, die aber immens wichtig sind für Beziehung und Vertrauen, und auch um beurteilen zu können, wie es jemanden gerade geht. Uns MitarbeiterInnen ist dies bewusst und so versuchen wir, auf die Jugendlichen zuzugehen, indem wir sie anschreiben, anrufen und nachfragen, ihnen Trainingspläne schicken und mit ihnen gemeinsam online an ihren



Foto: geralt_pixabay

Schul-Aufträgen arbeiten. Im Grunde ist es der Versuch, Beziehungsarbeit virtuell zu synthetisieren.

Home Office in der Sozialen Arbeit fühlt sich ungefähr so künstlich und unauthentisch an, wie naturidentische Aromastoffe und chemische Geschmacksverstärker im Essen schmecken.

Das es trotzdem halbwegs funktioniert, liegt sicher auch daran, dass die telefonischen Kontakte und die Messenger basierte Kommunikation in vielen Gruppen bereits lange bestanden. Allein in den

Für uns war es zunächst unfassbar, dass diese Extremsituation keine vier Wochen nach den Morden von einer weiteren Katastrophe überrollt wird.

Trainingsgruppen des Box-Projektes gibt es 150 Kontakte; die der JUZ Info Gruppe kommen hinzu. Es gab bereits vor dem Anschlag eine etablierte, umfangreiche Kommunikation über verschiedene Messenger (Facebook oder Homepage spielen bei unseren Jugendlichen kaum eine Rolle). Dass diese Grenzen dennoch eng gesteckt sind, merken wir immer dann besonders, wenn wir durch die Weststadt gehen – Gassi mit dem Hund, für verabredete Einzelgespräche mit Jugendlichen im Freien oder zum Einkaufen. „Wann macht das JUZ wieder auf?“, ist die meistgestellte Frage und die Antwort fällt zunehmend schwer: „Wir wissen es nicht.“ Je öfter wir diese Antwort geben, desto klarer wird uns, dass technische Hilfsmittel dieses Problem nicht werden lösen können.

Gerade nach diesem fürchterlichen Anschlag münden Pandemie und Kontaktbeschränkung in eine weitere Notlageneskalation. Die Schließung von Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Ausbildungsbetrieben und Sportvereinen bedeuten den weitreichenden Verlust nahezu aller gewohnten Alltagsstrukturen, und das zu einem Zeitpunkt, an dem viele Jugendliche versuchen, zur Normalität zurückzufinden. Stattdessen werden sie auf die familiäre Situation zurückge-

worfen, in oft sehr beengten räumlichen Verhältnissen. Besonders betroffen hiervon sind Kinder, die schon während der Zeit direkt nach dem Anschlag zurückstecken mussten. Die Auswirkung traumatisierender Erlebnisse auf nahestehende Personen ist in der Fachliteratur vielfach besprochen. In den wenigen Telefonaten, in denen Eltern sich an uns wenden, ist eine große Unsicherheit zu spüren. Die Eltern berichten über Aggressivität – gerade auch unter Geschwistern. Ein Papa berichtet von bösen Blicken und Anfeindungen, wenn er mal draußen mit seinen Jungen Fußball spielt. Es sind die Schwächsten, deren Not, im Gegensatz zu der der Jugendlichen, nicht offen zu spüren ist. Die Jugendlichen drücken in Gesprächen ihren Unmut und ihre Verzweiflung aus, sie sprechen davon, dass sie es nicht zu Hause aushalten – gerade die, die Angehörige verloren haben oder den Opfern nahe standen. Es hilft ihnen, sich zu treffen und über das Erlebte zu sprechen; sie wissen um die Ansteckungsgefahr und versuchen die Regeln zu berücksichtigen, das Abstandhalten zum Beispiel – weniger gut gelingt es ihnen, sich nur zu zweit zu treffen. Sie vermissen es sehr, gemeinsam Fußball zu spielen oder anderen Sport zu machen – sich körperlich auszuagieren – einige gehen gemeinsam Joggen. Aber auch der öffentliche Raum lässt erkennen, dass sich Jugendliche treffen; in vielen Ecken liegt Müll. Nachbarn sprechen von diversem Unfug, den sie erleben und auf die Langeweile der Kids zurückführen. Zwischen Jugendlichen-Gruppen und der Polizei entstehen „Räuber und Gendarm“-Spiele, die in etlichen Fällen bereits Bußgeldbescheide und Festsetzen in Handschellen zur Folge hatten, was nicht zur



Verbesserung des Klimas auf den Straßen führt. Die Grundstimmung ist gereizt und von großer Unzufriedenheit, ja Verzweiflung, bestimmt – Zukunftsängste führen weiter zu einer Verschärfung des Klimas im Stadtteil. Es gibt Entlassungen, Eltern in Kurzarbeit, Lehrstellen, die nun doch nicht besetzt werden und die Frage, ob ich überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt habe. Viele der Jugendlichen sind verständlicherweise, betrachtet man ihre Biographie, nicht die geborenen OptimistInnen und so führt diese Situation zu depressiven Verhalten, es wird sich – aus Selbstschutz – erst gar nicht mehr bemüht, weil das Scheitern vorweg genommen wird. Angst und Perspektivlosigkeit machen sich breit. In dieser Situation braucht es Jugendarbeit, die stützt und Hoffnung bringt, das Selbstwertgefühl stärkt und konkrete Hilfen anbietet.

Jugendarbeit ist systemrelevant!

Wir sind bestürzt darüber, wie wenig sich darüber Gedanken gemacht wird, den sozialen Schaden, welche die

durchaus sinnvolle Kontaktsperre verursacht hat, abzumildern. Wir vermischen, dass für Kinder und Jugendliche die gleiche Energie aufgewendet wird, wie für andere gesellschaftliche Bereiche. Es fehlen Konzepte für Kitas, Jugendeinrichtungen und Schulen und die notwendige finanzielle Unterstützung zum Beispiel für Angebote, die von zusätzlichen MitarbeiterInnen betreut werden müssen, etwa zur Einhaltung von Hygiene-Bestimmungen. Ein Konzept zur schrittweisen Öffnung des Jugendzentrums,

„Wann macht das JUZ wieder auf?“, ist die meistgestellte Frage und die Antwort fällt zunehmend schwer: „Wir wissen es nicht.“

selbstverständlich mit einem auf jedes Angebot zugeschnittenen Hygiene-Plan, ist bereits fertig: Als ersten Schritt ist tägliches Streetwork im Stadtteil geplant, mit einem parallel dazu geöffneten JUZ-Büro. Dort sollten Einzelgespräche geführt werden können, Fragen zu schulischen Problemen ihren Platz finden und alles das, wofür PC, Drucker, Scanner gebraucht wird, möglich sein. Auch Berufswegeplanung und die Sozialberatung für Familien sollten mindestens einmal wöchentlich wieder stattfinden. Gleichzeitig sollten (kleine) Sportgruppen unter freiem Himmel angeboten werden, zum Beispiel Fitness, Schattenboxen und Joggen. Ein weiterer Schritt kann die Öffnung des JUZ für Kleingruppen, wie Schülerhilfe oder Mädchen- und Jungengruppen etc. sein. Die räumlichen Möglichkeiten des Gemeindezentrums sollten hierzu genutzt werden.

JUZ k.town steht für „Respekt, Toleranz & Vielfalt“, gegen Hass, Rassismus und Nationalismus.



Antje Heigl

ist 52 Jahre und Diplom-Sozialarbeiterin, systemische Kinder- und Jugendtherapeutin und Boxtrainerin mit C- Lizenz.



Günter Kugler

ist 57 Jahre und Diplom-Sozialarbeiter.

Landnahmen der Neuen Rechten in der Kinder- und Jugendarbeit

von Steffen Poetsch, Christoph Gille und Birgit Jagusch

Neurechte Einstellungen und Handlungen haben seit einigen Jahren Konjunktur in Deutschland. Sie zeigen sich in der Zivilgesellschaft in Form von Initiativen wie Pegida (1), in lokalen Bürgerwehren oder in den sozialen Netzwerken (vgl. Fuchs/Middelhoff, 2019). Auch in staatlichen Institutionen wie der Polizei, Bundeswehr, Justiz oder den Parlamenten werden immer wieder extrem rechte Orientierungen und Handlungsweisen öffentlich (vgl. Meisner/Kleffner, 2019). In Bezug auf diese Entwicklungen bestehen die Aufgaben der Sozialen Arbeit und insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit vor allem in der Aufklärung über und der Prävention vor Demokratiefeindlichkeit sowie rassistischen und anderen Diskriminierungen. Hier kommt u.a. der politischen Jugendbildung mit ihren zahlreichen Angeboten, Konzepten und Projekten eine tragende Rolle zu (2).

Auf Seiten der Träger sind es Jugendverbände, darunter zunehmend auch Vereine von jungen Menschen mit Migrationsgeschichten, und die offene Jugendarbeit, die wertvolle Impulse bieten. Gleichzeitig steht und handelt die Soziale Arbeit innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse und kann sich ihren Dynamiken nicht entziehen. Dieser Umstand erlaubt die Frage, ob und wie neurechte Diskurse und Praktiken Einfluss auf die Soziale Arbeit und damit auch die Kinder- und Jugendhilfe nehmen. Lassen sich eigene Angebote der Neuen Rechten in den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe finden? Gibt es neurechte Einflussnahmen von außen auf etablierte Angebote der Sozialen Arbeit? Und inwiefern zeigen sich Verschiebungen auch innerhalb etablierter Angebote?



Diesen Fragen geht eine aktuelle Studie zur Neuen Rechten in der Sozialen Arbeit (Gille/Jagusch, 2019) nach, die exemplarische Analysen für das Bundesland Nordrhein-Westfalen vornimmt. Dazu wurde in einem ersten Schritt ein Fragebogen an Fachkräfte der Sozialen Arbeit versendet, der einen Überblick über Beobachtungen und Einschätzungen in allen Regionen des Bundeslandes verschaffte. In einem zweiten Schritt wurden Expert*inneninterviews geführt, auf deren Basis weitergehende Recherchen unternommen wurden. Ergänzt wurden die Befragungen durch eine Dokumentenanalyse der parlamentarischen Aktivitäten der AfD-Fraktion im NRW-Landtag zwischen Juni 2017 und Juni 2019. Die folgenden Ausführungen beleuchten die Ergebnisse mit einem methodischen Fokus auf der Auswertung der qualitativen Interviews sowie einem inhaltlichen Schwerpunkt auf den Beobachtungen zur Kinder- und Jugendarbeit.

Die Neue Rechte

Für den vorliegenden Artikel wird auf den Begriff der Neuen Rechten (vgl. u.a. Fuchs/Middelhoff, 2019; Hufer, 2018; Salzborn, 2017) rekurriert. Denk- und Handlungsweisen der Neuen Rechten sind gekennzeichnet durch die Vorstellung, dass Nationen aus kulturell-homogenen Gemeinschaften bestehen und jede Vermischung als Gefahr gesehen wird. Mit der Bezugnahme auf die vermeintlich homogene Kultur sind autoritäre und hierarchisierende Gesellschaftsvorstellungen verbunden. Außerdem zeichnet sich die Neue Rechte durch ihre Brückenfunktion aus: Sie spielt ein unklares Spiel von Abstand und Nähe zu rechtsextremen Positionen, die sich durch offene Menschenfeindlichkeit und faschistische Vorstellungen bis hin zu Verharmlosungen und Rechtfertigungen des Holocaust auszeichnen. Indem sie mehrere Strömungen verbindet und nicht voneinander abgrenzt, gewinnt die Neue Rechte ihre besondere Kraft (vgl. Langebach/Raabe 2016, 579). Durch Aktionen außerhalb der institutionalisierten Politik (etwa im Kontext von Demonstrationen, Aktivis-

Indem sie mehrere Strömungen verbindet und nicht voneinander abgrenzt, gewinnt die Neue Rechte ihre besondere Kraft.

Für diesen „Kulturkampf von rechts“ kann auch die Soziale Arbeit genutzt werden.

mus, öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen) sollen autoritäre Gesellschaftsentwürfe für eine breitere Bevölkerung anschlussfähig gemacht werden. Dabei richtet sich die Taktik der Neuen Rechten auf das Ziel, kulturelle Vorherrschaft zu erlangen. Im Anschluss an die theoretischen Überlegungen von Gramsci soll zunächst auf der Straße und im Alltag die Meinungshoheit gewonnen werden, um im Anschluss auch die politischen Institutionen zu erobern. Für diesen „Kulturkampf von rechts“ kann auch die Soziale Arbeit genutzt werden. Warum sie dafür Anschlussmöglichkeiten bietet, soll im Folgenden ausgeführt werden.

Anschlussmöglichkeiten in der Sozialen Arbeit

Die wechselvolle Geschichte der Sozialen Arbeit zeigt, wie Profession und Disziplin im gesellschaftlichen Diskurs hervorgebracht werden und auf ihn bezogen bleiben (vgl. Winkler, 2006, 56 f.).

Schon diese diskurstheoretische Bestimmung Sozialer Arbeit erlaubt die Frage, inwieweit sich Positionen der Neuen Rechten in ihr wiederfinden; wenn extrem rechte Konzepte gesellschaftlich Einfluss gewinnen, kann die Soziale Arbeit davon nicht unberührt bleiben. Gleichzeitig sind es Spezifika von Profession und Disziplin, die ein geeignetes Einfallstor darstellen: Denn in die Soziale Arbeit sind immer Vorstellungen darüber eingeschrieben, was gesellschaftlich als soziales Problem und was als Normalität verstanden wird (vgl. Kessl/Plöbner, 2010). Die Konstruktion der „Anderen“ wird damit zur „konstitutive[n] Bedingung der Sozialen Arbeit“ (Lehnert/Radvan, 2016, 19). Der Vorrang der Gesellschaft, wie er sich in der Normalisierungsfunktion niederschlägt, und die damit verbundene Konstruktion und Abwertung der „Anderen“ bieten besondere Anschlussmöglichkeiten für die Landnahmen der Neuen Rechten.

Diese Bezüge dienten schon im nationalsozialistischen Deutschland der Legitimation der aktiven Beteiligung Sozialer Arbeit am Herrschaftssystem (vgl. Paulini, 2017, 61). Mit Blick auf die Gegenwart sind es allerdings weniger die biologistischen Konzepte der NS-Zeit, die Eingang



finden. Stattdessen zeigen sich ähnlich verabsolutierende Bezüge auf Gesellschaft in den Paradigmen des so genannten „aktivierenden“ Sozialstaates, der auf die Schaffung von marktgängigen Individuen zielt, die sich einem vermeintlichen Interesse aller unterordnen: sozial ist, was der Allgemeinheit dient (vgl. Lessenich, 2008, 17). So werden Nützlichkeit, Effizienz und Verwertbarkeit zu Kriterien, an denen sich ein autoritärer Wohlfahrtskapitalismus ausrichtet (vgl. Groß/Hövermann, 2018). Der Weg von einem solchen Vorrang des Sozialen hin zur Legitimation demokratiefeindlicher Gesellschaftsstrukturen ist nicht weit.

Tatsächlich zeigen auch einige empirische Erkundungen, dass sich menschen- und demokratiefeindliche Positionen in der Sozialen Arbeit der Gegenwart finden lassen. Scherr und Bitzan finden bereits 2007 Belege dafür. Ihre Erkenntnisse basieren auf den Auswertungen eines Aufrufs, in dem sie um Einschätzungen gebeten hatten, „ob sich in ihrem Umfeld Hinweise darauf finden lassen, dass junge Männer und Frauen mit rechtsextremer Vergangenheit oder Gegenwart verstärkt in Tätigkeitsfelder der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit drängen“ (ebd., S. 8).

Diese Erkundung wurde u.a. deswegen relevant, weil rechtsextreme Gruppen Frauen in den 2000ern explizit dazu aufgefordert hatten, sich in Erziehungsberufen ausbilden zu lassen. Diesen Faden nehmen Lehnert und Radvan 2016 auf und belegen mit Fallgeschichten aus der Praxis, dass sich rechtsextrem organisierte Personen sowohl in sozialen Studiengängen ausbilden lassen als auch vereinzelt in sozialen Arbeitsfeldern tätig sind. In ihren Analysen thematisieren sie besonders die „doppelte Unsichtbarkeit“ von rechtsextremen Frauen in sozialen Berufen. Frauen erführen historisch hergestellte Zuschreibungen, die sie als „fürsorglich“ und „unpolitisch“ markieren und die so die Wahrnehmung und Thematisierung von extrem rechten Positionierungen erschwerten. Schließlich zeigen neuere Untersuchungen von Grigori und Trebing (2019), wie neurechte Bewegungen versuchen, Jugendarbeit in Deutschland, Österreich und Italien für sich nutzbar zu machen.

In ihren Analysen thematisieren sie besonders die „doppelte Unsichtbarkeit“ von rechtsextremen Frauen in sozialen Berufen.

Weder theoretisch noch empirisch kann sich die Soziale Arbeit also von einer möglichen Einflussnahme der Neuen Rechten freisprechen. Sehr wohl aber existieren dominante Gegenpositionen, etwa mit Bezug auf die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession (z.B. Staub-Bernasconi, 2019) oder als Förderin der Demokratie (May, 2019), die der Etablierung extrem rechter Konzepte in der Sozialen Arbeit entgegenstehen. Das macht das Erkennen von menschen- und demokratiefeindlichen Positionen allerdings nicht leichter: Vereinfachte Bezugnahmen auf solche Konzepte können zu der irrigen Annahme führen, dass sich extrem rechte Denk- und Handlungsweisen im sozialen Bereich schlicht nicht finden lassen und er von kritischer Reflexion ausgenommen wird. Eine Befassung mit dem Vorkommen und dem möglichen Einfluss neurechter Akteure, Praktiken und Diskurse in der Sozialen Arbeit erscheint auch vor diesem Hintergrund nötig.

Neurechte Erscheinungsformen in der Sozialen Arbeit

Im Folgenden sollen in einem kurzen Überblick die wesentlichen Ergebnisse der Studie aus Nordrhein-Westfalen vorgestellt werden. Auf der Basis der Fragebogenerhebung sowie der durchgeführten Expert*inneninterviews wurden entlang der Kategorien „eigene Angebote“, „externe Einflussnahmen“ und „interne Einflussnahmen“ Varianten entwickelt, in denen jeweils wesentliche Bestimmungsmerkmale zusammengefasst sind. Diese werden im Folgenden erläutert und anhand von Beispielen aus den Interviews illustriert.

Eigene Angebote der Neuen Rechten

Mit „eigenen Angeboten“ werden solche einmaligen oder verstetigten Aktivitäten bezeichnet, die sich (vermeintlich) der Bearbeitung sozialer Probleme oder der Gemeinschaftserziehung widmen und durch extrem rechte Akteur*innen selber angeboten werden. Auf der Basis des empirischen Materials lassen sich vier Varianten unterscheiden (vgl. Gille/Jagusch, 2019, 50-62). „*Karitative*“ *Inszenierungen* (wie Spendenvergaben an Wohnungslose, Aufräumaktionen im öffentlichen Raum oder Rundgänge selbst ernannter Bürgerwehren) dienen im Wesentlichen nicht der Bearbeitung eines sozialen Problems, sondern dem Transport politischer Botschaften. Zu solchen Angeboten kann z.B. der „Wärmebus“ des AfD-Politikers Reil ge-



In allen Feldern zeigen sich dabei rassistische Argumentationen als die zentralen Denkfiguren, die immer wieder aufgerufen werden.

zählt werden, der dazu genutzt wird, um verschiedene rassistisch aufgeladene Argumentationen im Kontext mit Wohnungslosigkeit zu verbreiten und gleichzeitig für das Anliegen der Gründung eines „alternativen Sozialverbands“ zu werben.

Bei *Scharnierangeboten* handelt es sich dagegen um Aktivitäten, die meist soziokulturellen Charakter aufweisen und sowohl aus rechtsextremen Szenen hinaus wie auch in sie hineinreichen. Auch sie transportieren politische Botschaften. Im Zentrum steht aber, dass sie den Eintritt in neurechte oder rechtsextreme Szenen ermöglichen, die sich durch ein geschlossenes Weltbild auszeichnen. Eine besondere Rolle spielen dabei die Bereiche der Kultur, des Sports, von Spiel oder Geselligkeit und damit auch der Kinder- und Jugendhilfe, wie sie unter anderem in § 11 Abs. 3 SGB VIII explizit als Aufgaben benannt werden. Für den Transport politischer Botschaften werden vor allem Liederabende, Rechtsrock- (z.B. „Oidoxie“, „Smart Violence“) und mittlerweile auch Hiphop-Musikkulturen (z.B. „Makss Damage“) genutzt, die ebenso wie neurechte Internetangebote in besonderem Maße junge Menschen ansprechen sollen.

Es werden aber auch Ausflüge, Nachhilfeangebote und Sprechstunden sowie Straßenfeste organisiert, mit denen sich extrem rechte Akteur*innen einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren. Dazu gehört auch der „Tag der Heimattreue“ in Olpe, der als Familienfest inszeniert wird. Hier können Besucher*innen beim Dosenwerfen und Kindermalen mitmachen, Flammkuchen essen und Kinder erhalten Urkunden für die Teilnahme an sogenannten Selbstverteidigungskursen. Solche Angebote sollen gesehen und gefunden werden, doch dass es sich um extrem rechte Aktivitäten handelt, wird durch unverfängliche Bezeichnungen (z.B. „Familienfest“, „Jugendzentrum“, „Das junge Magazin“) zunächst verschleiert. Wer dann von den rassistischen und antidemokratischen Inhalten angesprochen wird, kann für weitergehende Aktivitäten in geschlossenen Szenen gewonnen werden.

Mit Bezug auf die Traditionsstränge Sozialer Arbeit können Angebote der *Identitätsformierung* als sozialpädagogische Angebote verstanden werden, die der Ausprägung kollektiver Zugehörigkeit dienen – wenn sie auch durch den Bezug auf autoritäre Gesellschaftsmodelle und die Ungleichwertigkeit von Menschen von zentralen Prämissen der Jugendarbeit abweichen. Sie sind in der Regel nicht öffentlich und richten sich ausschließlich an Szeneangehörige. Dazu gehören Kampfsportevents wie der „Kampf der Nibelungen“ oder auch Wehrsportübungen der „Teutonischen Ritter des KuKluxKlan“. Es werden aber ebenso Ferienlager für Kinder, Jugendliche und Familien z.B. von „Sturmvogel“ oder „Freibund“ angeboten, in denen die Lager-Aktivitäten durch die ideologischen Leitideen geprägt sind. Es wird völkische Kultur vermittelt, militärische Abläufe in Uniform eingeübt und mit „Heil dir“ begrüßt. Diese Lager dienen der Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Geiste extrem rechter Ideologie (weiterführend u.a. Röpke, 2010).

Die Variante *Unterstützung problematischer Lebenssituationen* bezieht sich hingegen auf die sozialarbeiterische Bearbeitung der mit der ideologischen Verortung verbundenen Probleme. Darunter fallen organisierte Formen der Sozial- und Rechtsberatung oder die Gefangenenbetreuung. Diese Angebote sind ein Versprechen der Solidarität und sichern Loyalität und Stabilität innerhalb der Szenen: Wer sich für die Gemeinschaft einsetzt, erhält Unterstützung.

Externe Einflussnahmen

Auch für die externen Einflussnahmen lassen sich vier Varianten identifizieren (vgl. Gille/Jagusch, 2019, 62-78), für die sich viele Beispiele in der Kinder- und Jugendarbeit finden lassen. Die Variante *Strukturen angreifen* ist eng mit der institutionalisierten politischen Arena verbunden und umfasst z.B. Anfragen in den kommunalen Parlamenten oder im Landtag, in denen etablierte Angebote der Sozialen Arbeit finanziell oder inhaltlich in Frage gestellt werden. So wird in einem Interview (3) davon berichtet, wie die Ratsfraktion einer Partei der Neuen Rechten die Finanzierung des kommunalen Jugendrings infrage stellt,

... nur außerhalb, sondern ebenfalls innerhalb etablierter Angebote Sozialer Arbeit abspielen.

in der Weise, dass argumentiert wird, „dass sie der Meinung sind, dass die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit, dass das völlig überzogen ist, die sozusagen hauptberuflich abzusichern, und dass man doch alles viel besser ehrenamtlich machen könnte.“ (E11, Z. 239-242) Kinder- und Jugendarbeit gerät insbesondere dann in den Fokus der Neuen Rechten, wenn sie sich gesellschaftspolitisch engagiert oder in Themenkontexten arbeitet, die der Neuen Rechten eine Angriffsfläche bieten, wie beispielsweise die Migrationsarbeit, rassismuskritische oder auch gender- und queersensible Arbeit. Hier lassen sich sowohl in den Befragungen als auch in der Dokumentenanalyse zahlreiche Beispiele finden, wie gezielt versucht wird, Angeboten und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit die Legitimation zu entziehen (4).



Unabhängig vom Erfolg dieser Anfragen zeigt sich für die Akteur*innen der Sozialen Arbeit einerseits ein Zwang, sich mit diesen Anfragen auseinanderzusetzen, zu reagieren und diesen zu entgegnen. Andererseits deuten die Ergebnisse der Befragungen an, dass Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit befürchten, dass diese Angriffe mittelbar dazu führen können, dass Zuwendungsgeber Anträge auf finanzielle Förderung zögerlicher oder gar nicht bewilligen. Weiterhin geht die Angst damit einher,

dass sich die Diskursverschiebungen auch in einer politischen Forderung nach einer neuen inhaltlichen Ausrichtung von Trägern und Projekten manifestieren. Auch wenn es für beides bisher keine flächendeckenden empirischen Belege gibt, spiegelt dies die existierenden Befürchtungen aus der Kinder- und Jugendarbeit wider, die zeigen, welche Folgen Angriffe auf Strukturen mittelbar haben können.

Unter der Variante *Bedrohen* werden sowohl offene als auch anonyme psychische und physische Angriffe und Bedrohungen von Fachkräften aus der Sozialen Arbeit gefasst. Insbesondere Sozialarbeiter*innen, die für bestimmte Themen stehen, können Angriffen ausgesetzt sein. So wird in den Interviews von physischen Attacken auf Mitarbeitende von Einrichtungen berichtet, beispielsweise von einem körperlichen Angriff auf eine Fachkraft, die im Rah-

Die Bandbreite der gefundenen Beispiele zeigt, dass sich neurechte Einflussnahmen also keineswegs ...

men ihrer Arbeit Sticker einer neurechten Gruppierung entfernte und daraufhin zu Boden geschlagen wurde. Ebenfalls geschildert wurde von verschiedenen anonymen Drohungen, etwa in Form von Drohbrieffen oder Botschaften an Autos, sowie dem Veröffentlichen von privaten Adressen oder Telefonnummern. Damit reihen sich die Narrationen ein in die Vorkommnisse physischer Gewalt durch die extreme Rechte gegenüber der Kinder- und Jugendarbeit, die bundesweit seit Jahren sichtbar ist. Exemplarisch sei hier auf den Angriff von Neonazis auf ein Sommerferien-camp in Nordhessen hingewiesen, bei dem mehrere Jugendliche teils lebensbedrohlich verletzt wurden (Tornau 2008). Auch Aufmärsche, wie sie vor Unterkünften mit Menschen mit Fluchtgeschichte oder als links markierten Jugendzentren von extrem rechten Gruppen stattfinden, zählen zur Variante *Bedrohen*.

Die Varianten *Sozialräumliche Inszenierungen* (z.B. durch Graffitis, Aufkleber) und *Agenda-Setting* (z.B. durch Übergabe von Spendengeldern, Meldeportale, Kampagnen gegen Veranstaltungen zur Förderung von Pluralität) sind darauf ausgerichtet, Angebote der Sozialen Arbeit durch Einflussnahmen inhaltlich zu verändern.

Hier geht es im Gegensatz zu den zuvor skizzierten beiden Varianten nicht um die Destabilisierung und Bedrohung, sondern um den Versuch der gezielten Einflussnahme und Steuerung. So wird etwa versucht, durch großflächige und omniprésente Graffitis das Bild einer neurechten „kulturellen Hegemonie“ zu erzeugen. Versuche des *Agenda-Setting* finden dort statt, wo von außen Einfluss auf Aktivitäten von Einrichtungen der Sozialen Arbeit genommen werden soll, mit der Strategie, diese zu verändern oder verhindern.

Interne Einflussnahmen

Innerhalb der etablierten Angebote Sozialer Arbeit manifestieren sich neurechte Denkweisen und Praktiken in insgesamt fünf Varianten (vgl. Gille/Jagus, 2019, 79-93). Erstens durch die *Präsenz* einzelner Mitarbeitender, die zur extremen Rechten gezählt werden können und deren Einstellungen implizit oder explizit auf die Arbeit Einfluss ha-

... die als Fachkräfte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit mitgestalten.

ben. Im Material wurde von mehreren Fachkräften berichtet, die offen oder verdeckt der extremen Rechten zugehörig sind und sowohl eher lose Sympathie als auch enge Szeneinbindungen aufweisen. Auch wenn sich im Material kein dominant bevorzugtes Handlungsfeld für diese Präsenzen zeigte, fanden sich in den Interviews mehrfach Nennungen von extrem rechten Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit. So wurde z.B. von einem Mitarbeiter berichtet, „der [...] nämlich auch mit einem Thor-Steinar-T-Shirt (5) zur Arbeit kam und auch rechte Musik im Beisein von Jugendlichen gehört hat (EI19, 1062-1063)“, oder einer Mitarbeiterin, die ihre Szenekumpels als Türsteher bei einem Konzert in einem Jugendzentrum hinzugezogen hatte.



Zweitens finden sich im Material Beschreibungen von *Diskriminierungen*, die von Fachkräften ausgehen und anhand von kategorialen Zuordnungen und Abwertungen entlang rassistischer Zuschreibungen erfolgen. Mit solchen Zuordnungen sind Berichte von rechtlich unbegründeten, partiellen oder absoluten Ausschlüssen aus Angeboten oder Verwehungen von Ressourcen verbunden, etwa wenn niederschwellige Leistungen der Wohnungslosenhilfe, Renovierungen im Betreuten Wohnen oder Ressourcen für die Sprachförderung verweigert werden. Ebenso wurde von Hausverboten in einem Jugendzentrum gegenüber migrantisch markierten Adressat*innen berichtet, durch die eine Homogenität der Nutzer*innenstruktur entlang rassistischer Kriterien erreicht wird.

Möglich werden diese Diskriminierungen auch durch die in der Sozialen Arbeit angelegte Machtstruktur zwischen (hauptamtlich) Professionellen und Adressat*innen, die es den Fachkräften erleichtert, Angebote zu gestalten und zu interpretieren. Dies wird durch den in vielen Kontexten der Kinder- und Jugendarbeit zunehmenden Stellenwert der Partizipation und auch des Beschwerdemanagements allerdings bereits verändert. Auch in der Jugendverbandsarbeit, die durch den Aspekt der Peer-to-Peer-Education charakterisiert ist, finden sich derartige Machtungleichgewichte seltener. Begünstigend zeigt sich im Material dagegen,

Besorgniserregend zeigt sich zudem die Präsenz einzelner extrem rechter Akteur*innen, ...

dass diskriminierende Praktiken teils von Leitungen oder Kolleg*innen toleriert und gedeckt werden. Diskriminierungen geschehen aber auch unterhalb der Nutzer*innengruppen, indem z.B. Konkurrenzverhältnisse konstruiert werden, innerhalb derer migrantisch gelesene oder geflüchtete Personen abgewertet und eigene Unterstützungsansprüche aufgewertet werden.

Die Varianten *Artikulation* und *diskursive Orientierungen* fokussieren drittens und viertens auf rhetorische Praktiken und Diskursverschiebungen, die gesamtgesellschaftlich stattfinden und auch in der Sozialen Arbeit vorkommen. Unter *Artikulation* werden sowohl eine ganze Reihe von Beispielen für konkret verwendetes, z.B. rassistisches und abwertendes Vokabular gefasst als auch extrem rechte Meinungsäußerungen, die von Sozialarbeitenden ausgingen. Bei den *diskursiven Orientierungen* zeigt das Material sowohl Beispiele für neosoziale Denkweisen, die z.B. Angebote für geflüchtete Menschen vor dem Hintergrund ihrer Rentabilität für die Volkswirtschaft bewerten und den Zugang zu Ressourcen von diesen Überlegungen abhängig machen. Außerdem finden sich Beispiele für klassische autoritäre Vorstellungen, die den Vorrang der Gemeinschaft und die Unterordnung der Einzelnen verlangen, beispielsweise wenn Verweise auf eine Leitkultur erfolgen, an die sich Nutzer*innen zu halten hätten.

Schließlich bezeichnet, fünftens, die Variante *Unterlassen* Praktiken, in denen gebotene Handlungen nicht stattfinden und dadurch Raum für neurechte Praktiken oder Denkweisen geschaffen wird. Dies ist etwa dann der Fall, wenn davon berichtet wird, dass bei rassistischen Bemerkungen von Kolleg*innen nicht eingeschritten wird. Diese Zurückhaltung eigener Positionierungen erfolgt auch mit Verweis auf eine vermeintliche „Neutralität“ Sozialer Arbeit, die damit zur Verunsicherung der Fachkräfte in Bezug auf politische oder antirassistische Äußerungen beiträgt und in der Folge autoritären Positionen Vorschub leistet. Die Bandbreite der gefundenen Beispiele zeigt, dass sich neurechte Einflussnahmen also keineswegs nur außerhalb, sondern ebenfalls innerhalb etablierter Angebote Sozialer Arbeit abspielen.

Wenn sich Soziale Arbeit als Profession beschreibt, die sich an den Menschenrechten ausrichtet, ...

... muss sie notwendig in Konflikt gehen mit den menschenfeindlichen und autoritären Entwürfen der Neuen Rechten.

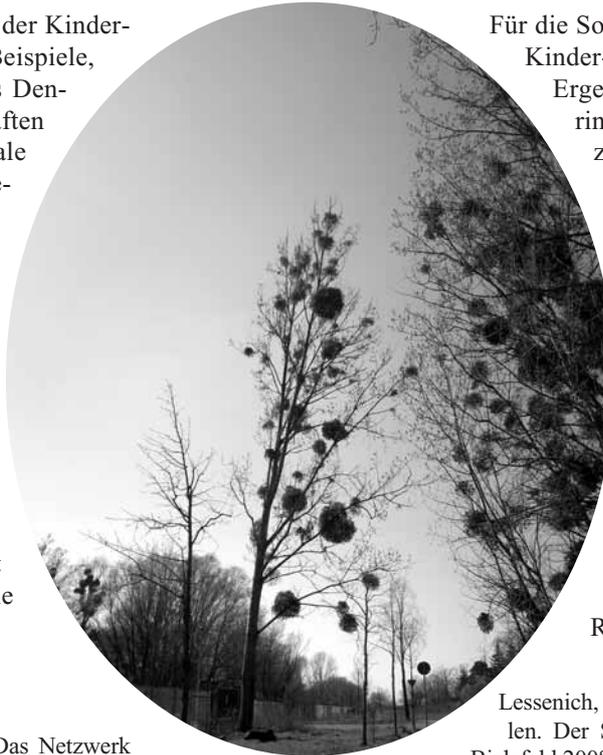
Fazit

Bilanzierend lässt sich festhalten, dass die der Studie zugrunde liegenden Daten und Auswertungen keinesfalls einen neurechten Mainstream in der Sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen ausweisen. Gleichwohl zeigen die empirischen Erkenntnisse sowohl eine Kontinuität eigener Angebote innerhalb der extrem rechten Szenen als auch regelmäßige Versuche der Einflussnahme auf bestehende Strukturen Sozialer Arbeit. Besorgniserregend zeigt sich zudem die Präsenz einzelner extrem rechter Akteur*innen, die als Fachkräfte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit mitgestalten, sowie die Anschlussfähigkeit einzelner neurechter Denk- und Handlungsweisen im Alltag Sozialer Arbeit.

Die Soziale Arbeit erweist sich partiell als attraktiv für die Neue Rechte und ihren „Kulturkampf von rechts“. Durch ihre Konzentration auf den vopolitischen Raum versucht sie, politische Verschiebungen von unten und damit „auf der Straße“ zu erreichen. Gleichzeitig bietet die Soziale Arbeit insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe Angriffsflächen, an die die Neue Rechte anschließen kann. Mit den Einflussnahmen auf die Kinder- und Jugendarbeit ist insbesondere die Hoffnung verbunden, junge Menschen an die eigene Ideologie heranzuführen und Nachwuchs für die eigenen Ideen und Strukturen zu rekrutieren. Diese Attraktivität ist aber nicht alleine der Kinder- und Jugendhilfe vorbehalten, andere Felder erweisen sich gleichermaßen als Angriffsfläche, um Unterstützer*innen zu gewinnen: Dazu zählen die Soziale Arbeit im Kontext von Migration, Gender und Sexualität oder von Armutslagen. In allen Feldern zeigen sich dabei rassistische Argumentationen als die zentralen Denkfiguren, die immer wieder aufgerufen werden. Sie gehen einher mit der Konstruktion eines Wettbewerbs um vermeintlich knappe Ressourcen, die zum Schüren von Ängsten genutzt wird, und münden in der Forderung einer exklusiven Solidarität.

Die Ergebnisse belegen, dass etablierte Angebote Sozialer Arbeit von neurechten Praktiken und Denkweisen nicht

ausgenommen sind und auch in der Kinder- und Jugendhilfe finden sich Beispiele, wie extrem rechte Diskurse das Denken und Handeln von Fachkräften beeinflussen. Wenn sich Soziale Arbeit aber als Profession beschreibt, die sich an den Menschenrechten und der Förderung von Autonomie und Demokratie ausrichtet, muss sie notwendig in Konflikt gehen mit den menschenfeindlichen und autoritären Entwürfen der Neuen Rechten. Hoffnungsvoll und inspirierend stimmt, dass im Rahmen dieser Studie viele Beispiele gefunden wurden, in denen Soziale Arbeit Position bezieht und Demokratie und Menschenrechte verteidigt.



Für die Soziale Arbeit und insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit bedeuten die Ergebnisse, dass ihre Kernaufgabe darin besteht, kein Vakuum entstehen zu lassen, in dem sich Versuche der Land- und Einflussnahme durch die Neue Rechte bilden oder sogar erfolgreich werden können. Eine vorhandene und stabil abgesicherte soziale Infrastruktur, die sich inhaltlich den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet sieht, konstituiert einen Ort, in dem rassistische oder andere menschenfeindliche Narrative kaum greifen können. Wo sie fehlt, ist die Chance gegeben, dass extrem rechte Akteur*innen Raum nehmen können.

Literatur:

Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul: Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer die finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Reinbek bei Hamburg 2019.

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit: Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW: Exemplarische Analysen. Düsseldorf 2019. Link: <http://fgw-nrw.de/forschungsergebnisse/forschungsergebnisse/projekt/details/news/die-neue-rechte-in-der-sozialen-arbeit-in-nrw.html> [30.3.2020]

Grigori, Eva/Trebing, Jerome: Jugend an die Macht – Zugriffe neuerer Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen „Identitäre Bewegung“ und „Kontrakultur“. In: Boehnke, Lukas/Thran, Malte/Wunderwald, Jacob (Hrsg.): Rechtspopulismus im Fokus. Wiesbaden 2019, S. 135-156

Groß, Eva/Hövermann, Andreas: Marktförmiger Extremismus. Abwertung, Ausgrenzung und Rassismus vor dem Hintergrund einer Ökonomisierung von Gesellschaft. In: Gomolla, Mechtild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Weinheim, Basel 2018, S. 110-126.

Häusler, Alexander/Virchow, Fabian: Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Hamburg 2016

Hufer, Klaus-Peter: Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker. Weinheim, Basel 2018

Kessler, Fabian/Plößer, Melanie: Differenzierung, Normalität und Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden 2010

Langebach, Martin/Raabe, Jan: Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin und Häusler, Alexander. Hrsg. Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, S. 561-585

Lehnert, Esther/Radvan, Heike: Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit und die Pädagogik. Opladen, Berlin, Toronto 2016

Lessenich, Stephan: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008

May, Michael: Sozialpädagogische Kritik der Lebensformen? Zu den Maßstäben von Kritik und Solidarität in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche 1/2019, S. 49-63

Meisner, Matthias/Kleffner, Heike (Hrsg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. Freiburg im Breisgau 2019

Paulini, Christa: Gerade die Fürsorgerin ist zur Mitarbeit am Volksaufbau berufen. Zur Beteiligung von Sozialarbeiterinnen am Nationalsozialismus am Beispiel der Entwicklung der Berufsvorbände. In: Amthor, Ralph-Christian (Hrsg.): Soziale Arbeit im Widerstand. Weinheim, Basel 2017, S. 58-74

Röpke, Andrea: Die geführte Jugend – Kindererziehung von rechts. Braunschweig 2010

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim, Basel 2017

Scherr, Albert/Bitzan, Renate: Rechtsextreme Studierende und JugendarbeiterInnen: Phantom oder Tabu? In: Sozial Extra 1 & 2/2007, S. 8-10

Staub-Bernasconi, Silvia: Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit: Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen. Opladen, Berlin, Toronto 2019

Tornau, Joachim F. (2008): Angriff auf Zeltlager. Neonazis prügeln Kinder. Link: <https://www.fr.de/rhein-main/polizei-org27586/neonazis-pruegeln-kinder-11618360.html> [17.4.2020]

Die Soziale Arbeit erweist sich partiell als attraktiv für die Neue Rechte und ihren „Kulturkampf von rechts“.

Landnahmen der Neuen Rechten in der Kinder- und Jugendarbeit

Winkler, Michael: Kleine Skizze einer revidierten Theorie der Sozialpädagogik. In: Badawia, Tarek/Luckas, Helga/Müller, Heinz (Hrsg.): Das Soziale gestalten: Über Mögliches und Unmögliches der Sozialpädagogik. Wiesbaden 2006, S. 55-80

Fotos: C. Ganzer

Anmerkungen:

- 1) Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.
- 2) Siehe dazu beispielhaft das Modellprojekt MUT der AGJF Sachsen in dieser FORUM-Ausgabe, S. 40-45



3) Dieses und alle weiteren Zitate stammen aus Expert*inneninterviews im Rahmen der Studie „Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW“ (Gille/Jagusch, 2019).

4) Weitere Belege finden sich etwa in den Veranstaltungen des IDA e.V. zum Thema „politischer Neutralität“ im Spiegel von Angriffen der Neuen Rechten. Link: <https://www.fr.de/rhein-main/polizei-org27586/neonazis-pruegeln-kinder-11618360.html> und <https://www.idaev.de/detailansicht-aktuelles/detail/News/grund-zum-optimismus-nachbericht-zum-ida-fachtag-neutralitaet-im-umgang-mit-rechtspopulismus-in/> [17.4.2020]

5) Thor-Steinar ist ein speziell für die extrem rechte Szene konzipiertes Modelabel.

Dr. Christoph Gille

ist Sozialarbeiter und vertritt zurzeit die Professur für Theorien der Sozialen Arbeit an der Hochschule Koblenz.

Prof. Dr. Birgit Jagusch

ist Professorin für Diversität und Soziale Arbeit an der TH Köln. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Themen Rassismuskritik, Kinder- und Jugendarbeit, Migrationspädagogik, Diversität und Kinderschutz.

Steffen Poetsch

ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Düsseldorf, hat einen Bachelor in Sozialer Arbeit und studiert Pädagogik und Management in der Sozialen Arbeit (M.A.) an der TH Köln.

Anzeige



DBSH Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
Tariffähige Gewerkschaft
Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)



Landesverband Hamburg

Landesvertretung des DBSH
Monatliche Vorstandssitzung in Barmbek

Frank Hail: 0157 - 39 61 92 95
info@dbsh-hamburg.de
www.dbsh-hamburg.de
facebook: DBSH Landesverband Hamburg

Junger DBSH Hamburg
Gruppe von Studierenden und Berufsanfänger_innen in Hamburg
Monatliche Aktiven-Treffen

junger@dbsh-hamburg.de
facebook: Junger DBSH Hamburg

Damit nicht die durchs Soziale Netz fallen, die es knüpfen.

„Jugend im Sturm“ oder viel heiße Luft?

Zur Jugendarbeit der extremen Rechten

von Eva Grigori

„[N]icht nur Ideen und tolle Räume machen eine Jugendarbeit aus, sie muss auch zukunftsorientiert und mit Inhalten gefüllt werden“ (DDW 2020a) – ein Satz, der alles und nichts sagt, so aber in jedem Jahresbericht einer beliebigen Jugendeinrichtung im deutschsprachigen Raum stehen könnte. Mit diesem verhält es sich jedoch anders. Die Aus-



sage ist die Reaktion der national-sozialistisch orientierten Kleinpartei „Der III. Weg“ auf die geplante Erweiterung eines Jugendtreffs in Plauen, Sachsen. Fragt man die Initiator*innen des Projekts, die Evangelisch-Lutherische Markus-Paulus-Kirchgemeinde und den Verein Arbeitsloseninitiative Sachsen, so heißt es, das Engagement für neue Jugendangebote finde aufgrund verstärkter sozialer Aktivitäten der extremen Rechten statt, um so ein Alternativ-Angebot für junge Menschen im Sozialraum zu schaffen (SZ 2020). Und so sieht „Der III. Weg“ es auch: „Neues Stadtteilzentrum dank III. Weg“ titelte die Partei im Februar 2020 (DDW 2020a). Was aber ist zuvor passiert?

Nationalsozialarbeit

Seit Herbst 2013 versucht „Der III. Weg“ als Nachfolgeorganisation von „Freies Netz Süd“ lokal wirksame Parteistrukturen in ganz Deutschland aufzubauen. Dabei gilt die Partei laut Sächsischem Verfassungsschutz als „eine der

expansivsten rechtsextremistischen Strukturen“ . Insbesondere in Plauen gelingt die Etablierung bürger*innennaher Strukturen: Das dortige Parteibüro wird zum Sozialzentrum stilisiert, in dem regelmäßig Angebote wie etwa „Winterhilfe“, „Volksküchen“ sowie „Jugendtage“ stattfinden. Dabei gilt das Credo „Hilfe für Deutsche“ bzw. „Das eigene Volk zuerst!“ Vor Kurzem wurde im Gebäude der Räumlichkeiten des Stadtrats- und Kreistagsbüros des III. Weg-Kaders Tony Gentsch einen halben Kilometer weiter ein neues Projekt begrüßt: Das „national-revolutionäre Zentrum“ P130 – das Kürzel ist ausnahmsweise keine verklausulierte NS-Symbolik, sondern kürzt schlichtweg die Adresse ab: Plauener Str. 130. In ihrer Selbstdarstellung verweist die Partei auf die sich verschärfende Armut in Deutschland, vulnerable Gruppen wie Kinder und Alte und Kürzungen im Sozialbereich – grundlegend knüpft sie hier an Tatsachenbestände an, auf die auch die großen Wohlfahrtsträger regelmäßig aufmerksam machen. Nun ist es nicht verwunderlich, welche Gründe im nächsten Argumentationsschritt gefunden werden: Es sei die staatliche Flüchtlingspolitik verantwortlich für Not und Elend der Bevölkerung; eine Logik, welche scheinbar bestechend, jedoch gänzlich unbelegt ist.

Auch die jugendpolitischen Agenden knüpfen an das Narrativ des radikalen Rückbaus des Sozialstaates an: „Immer mehr Jugendtreffs schließen oder verkleinern ihr Angebot. Selbst in den Ferien spüren Eltern von Jahr zu Jahr mehr, wie die Freizeitaktivitäten schwinden“ (DDW 2020b), heißt es auf der Webseite der Partei. Und tatsächlich: Zuvor war im Stadtteil Haselbrunn das Jugendzentrum temporär außer Betrieb. Und so kann man sich zum Kümmerer stilisieren, der schnelle Hilfe vor Ort anbietet und durch völkische Exklusivrechte die angeblich grundlegenden Probleme des Nationalstaats löst. Die Beschreibung der Ausgangslage für die eigenen Angebote könnte – zumindest sinngemäß – im Konzept anderer, demokratisch orientierter Angebote stehen: „Es ist statistisch bewiesen, dass Jugendliche durch eine Vielzahl von Freizeitangeboten besser zu erreichen sind, als in den Schulen, die sich immer mehr durch den gesellschaftlichen Leistungszwang zu einer Massenabfertigung ohne wirkliche Wert- und Moral-

Die jugendpolitischen Agenden von „Der III. Weg“ knüpfen an das Narrativ des radikalen Rückbaus des Sozialstaates an.

Eine deutsch-völkische Elite soll geformt werden, eine soldatisch-kämpferischen Identität wird unverhohlen angepriesen.

vorstellungen entwickelt haben.“ (DDW 2019a) Freizeit-orientierung und Erziehung sind die zentralen Stichpunkte des Satzes. Welche Art von Freizeit und Erziehung wozu sind hier gefragt?

Jugendarbeit von Rechts

Die „Jugendtreffs“ des Bürgerbüros werben mit Sujets, die gerade der Offenen Jugendarbeitsszene vertraut sind: Tischfußball, Kartenspiele, gemeinsame sportliche Aktivitäten, Lernhilfe, Bandauftritte, gesunde Snacks, Gespräche (DDW 2018 a;b). Kultur, Sport, Spiel und Geselligkeit werden „im SGB VIII (§11 (3)) dezidiert zu den Aufgabefeldern der Jugendhilfe gezählt“ (Gille/Jagusch 2019: 54; für Beispiele für soziale Projekte anderer extrem rechter Akteur*innen in Deutschland, Österreich und Italien siehe Freires 2017; Grigori/Trebing 2019; 2020)

Die zu vermittelnden Werte erschließen sich vor allem als Handlungsbestimmungen: Es geht darum, eine deutsch-völkische Elite zu formen, welche die Bestimmung habe, dem im Verschwinden begriffenen Volk eine Zukunft zu ermöglichen. Menschenrechte wie die Freiheit des Religionsbekenntnisses, das Recht auf Wohnraum, Nahrung und medizinische Versorgung werden zu Volksrechten verkürzt. Doch auch die Jugend kranke, so die Diagnose, an Drogen, Alkohol, geistiger Vereinsamung und Perspektivlosigkeit. Das dem entgegengehaltene Programm nennt drei Säulen: Bildung, Ernährung und Freizeit. Illustrieren lässt sich dies mit dem „Großen Jugendtag“ im Sommer 2019, welcher nach einer Wanderung sein Ende in einem Kochkurs und einem gemeinsamen Essen fand. In einem YouTube-Clip heißt es über die Teilnehmer*innen, die im strömenden Regen durch das Vogtland wanderten: „Es war ein großer Wille der Gemeinschaft da, diesen Tag zu überstehen“ und weiter: „Selbst die Kleinsten haben tapfer mitgehalten“ (DDW 2019b).

Im Sinne vergleichbarer Programmatiken sollen so „Selbstzucht, Opferbereitschaft, Tatwille und Ehrbewusstsein“ vermittelt werden. Demnach sind Angebote wie Selbstverteidigungsworkshops eben nicht, wie in anderen Jugendeinrichtungen, als Maßnahmen der Gewaltprävention, der Stärkung von Selbstwirksamkeit und Anerkennung von Unterschieden zu verstehen, sondern als Schulung von Gehorsam und Disziplin. Die Formung einer soldatisch-kämpferischen Identität wird unverhohlen angepriesen, wenn es in der Werbung für das „Jugend im Sturm“-Festival 2020 heißt: „Unsere Jugend steht im Sturm und zeigt, dass man kämpfen muss, wenn man siegen will. Für unser Vaterland, unser Volk und unsere

Heimat steht sie BEREIT! Sei auch Du dabei und (er)lebe einen Tag in einer deutschen Gemeinschaft mit Musik, Kampf und Information!“ (DDW 2020c)

Einordnung

Die Geschichte der Jugendbewegungen ist geprägt von Ambivalenzen der Emanzipation und Rückwärtsbewandtheit. Politische, religiöse, sport- oder naturbezogene Jugendverbände mit unterschiedlichen Akzentuierungen prägen das Label „Jugendarbeit“ seit über 100 Jahren. Mit der Übernahme staatlicher Verantwortlichkeit und Unterstüt-



zung für Jugendarbeit, trat eine neue Akzentuierung hinzu: Die Jugendpflege bzw. heute -hilfe. Historisch gesprochen hatte Jugendarbeit dabei immer schon einen völkischen Flügel, der jedoch nach 1945 weitgehend stillgelegt war. Dass sich in den letzten Jahren zunehmend rege Aktivitäten und Bemühungen der extremen Rechten finden, junge Menschen gezielt nicht nur anzusprechen, sondern Angebote als „Jugendarbeit“ zu framen, muss somit als Wiederaneignung historischer Vorläufer verstanden werden.

Auch wenn das deutsche Sozialgesetz eine halbwegs klare Definition der verschiedenen Formen der Jugendarbeit findet, bleibt diese zugleich ein Feld, das sich professionelle Träger mit lokalen Initiativen, Kirchen, Verbänden usw. teilen (müssen). Die feinen Unterschiede von mobiler Jugendarbeit zur Pfadfinder*innen-Gruppe sind selbst für Akteur*innen mit Feldexpertise nicht immer greifbar und machen zugleich die Vielfalt und Attraktivität des Feldes aus, das gemeinhin einen guten Ruf hat: Jugendarbeit gilt vor allem als pädagogische, zivilgesellschaftliche oder bürgerschaftliche Akteurin, die jungen Menschen Entfaltung, Teilhabe und Engagement ermöglicht. Sie durchzu-

In Plauen führte das rechte Engagement für soziale und jugendliche Themen zu einem Revival des Jugendtreffs „Markuskeller“ (Diakonie), ...

führen, ist das Recht aller Bürger*innen der BRD – und eben dieses nehmen sich auch extrem Rechte Akteur*innen. Als weitere Beispiele können die NPD, vor allem aber die Identitäre Bewegung und ihr nahestehende Zusammenschlüsse, genannt werden. Interessanterweise verfolgt die AfD so gut wie keine jugendpolitischen Agenden (selbst die Junge Alternative ist in ihrer Ausrichtung deutlich an Erwachsenen orientiert).

In Zahlen gesprochen handelt es sich bei dem exemplarisch geschilderten Phänomen rechter Jugendarbeit freilich um keine Massenbewegung. Nichtsdestotrotz darf die lokale Wirksamkeit nicht unterschätzt werden, gerade dort, wo jungen Menschen ein lebensweltadäquates Angebot gemacht wird, welches ihr Selbstbild und ihre Selbsterfahrung auf viele Jahre hin prägt. Insbesondere die Relevanz Erwachsener in Zuwendungsprozessen zur extremen Rechten darf nicht aus dem Blick fallen (vgl. Bacher 2001; Löw 2009). Dass der Schritt vom niederschweligen An-



docken hin zu klandestineren oder bündischen Organisationsformen ein gut organisierter ist, zeigen Gille/Jagusch (2019) mit einer Typologie extrem rechter Angebote für das Land NRW. Erhoben wurden externe sowie interne Einflussnahmen der extremen Rechten auf etablierte Angebote Sozialer Arbeit, vor allem aber eigenständige Angebote, „die sich der Bearbeitung sozialer Probleme und Konflikte oder der Erziehung zur Gesellschaft widmen“ (ebd.: 27), wobei diese einmalig oder kontinuierlich stattfinden können. Anhand dieser lässt sich die Jugendarbeit

des „III. Weges“ als alltagsorientiertes Scharnierangebot, das ein verklausuliertes Einstiegsangebot in extrem rechte Milieus bietet, charakterisieren.

Konsequenzen

Dass nun rechtsextreme Organisationen selbstbewusst von „Jugendarbeit“ sprechen, fordert das Feld auf, Sichtbarkeit und Klarheit zu demonstrieren. Solange entsprechende Vertretungen von Vereinen, Jugend und Ehrenamt die eigenen Prinzipien von Demokratie, Menschenrechten und gelebter Solidarität nicht proaktiv in lokale Strukturen einbringen und entsprechend klar gegen die extreme Rechte agieren, erscheinen solche hehren Prinzipien zahnlos und unproduktiv. In Plauen führte das rechte Engagement für soziale und jugendliche Themen zu einem Revival des von der Diakonie getragenen Jugendtreffs „Markuskeller“, welcher im Februar 2020 ankündigte, seine Angebote auch im Sinne des Kampfes gegen Rechtsextremismus deutlich auszuweiten (SZ 2020). Auch wenn „Der III. Weg“ dies – wie einleitend dargelegt – als eigenen Erfolg verbucht, sollte hier deutlich geworden sein, dass der Erfolg auf der Seite demokratisch und antifaschistisch orientierter Plauer*innen liegt, indem durch neue Angebote und mediale Aufmerksamkeit die lokale Zivilgesellschaft gestärkt werden kann.

Rechtsextreme Jugendaktivitäten können nicht nur als unmittelbare Konkurrenz zum eigenen professionalisierten Handeln gesehen werden, sondern müssen vor allem auch ernst genommen und skandalisiert werden. Der vermeintliche Unterschied, die einen seien politische Laien, die anderen professionelle Vereine, ist nur jenen bekannt, welche im Feld der Jugendarbeit beruflich tätig sind – für Bürger*innen hingegen ist nicht durchschaubar, was die einen von den anderen strukturell unterscheidet. Ohne fundierte Basis und selbstbewusstem Auftrag bleiben Fachkräfte und Ehrenamtliche allein auf weiter Flur.

Es gilt solidarische Netzwerke zu stärken, politische Einflussmöglichkeiten zu suchen und das eigene Handeln von „dominante[n] Gegenpositionen, die der Etablierung extrem rechter Konzepte in der Sozialen Arbeit entgegenstehen“ (Gille/Jagusch 2019: 23) leiten zu lassen. Menschenrechte und Ethik-Codices dürfen demnach nicht nur Stichworte sein, sondern müssen Tag für Tag sichtbar sein – gerade in Regionen, in denen die soziale Infrastruktur im Rückbau befindlich und solidarisches Handeln gefragt ist. Vom Wegschauen wurde Rechtsextremismus noch nie bekämpft.

... welcher seine Angebote auch im Sinne des Kampfes gegen Rechtsextremismus deutlich auszuweiten will.



Literatur:

- Auzinger, Lisa (2019): „Für unsere Kinder, unsere Kindeskinde, für unser Volk“. Geschlechterkonstruktionen und Erziehung im rechtsextremen Lager. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): Rechtsextremismus. Band 3 – geschlechterreflektierte Perspektiven. Wien: mandelbaum, 154-184.
- Bacher, Johann (2001): In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? Ergebnisse einer Befragung bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Nr. 2, 334-349.
- Eppler, Christoph J. (2012): Erziehung im Nationalsozialismus. Bündische Jugend – Hitlerjugend – Reformpädagogik. Beltz-Heim-Schnellbach: Lindenbaum.
- Freies, Horst (2017): Braune Saubermänner. Link: <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/braune-sauberm-nner> [8.5.2020]
- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen. o.A. Link: http://fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-RSD-03-Gille-2019_11_29-komplett-web.pdf [8.5.2020]
- Grigori, Eva/Trebing, Jerome (2020; i.E.): „Jugend an die Macht“? Über aktuelle Zugriffsversuche der extremen Rechten auf die Jugendarbeit und offene Flanken gegenwärtiger Praxis. In: Berger, Fred/Bütow, Birgit/Fennes, Helmut/Guerrini, Flavia/Laermann, Karin/Sting, Stephan/Wächter, Natalia (Hg.): Jugend – Lebenswelt – Bildung. Perspektiven für die Jugendforschung in Österreich. Barbara Budrich.
- Grigori, Eva/Trebing, Jerome (2019): Jugend an die Macht – Zugriffe neurechter Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen „Identitäre Bewegung“ und „KontraKultur“. In: Bohneke, Lukas/Thran, Malte/Wunderwald, Jacob (Hg.): Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung. Wiesbaden: Springer VS, 135-156.
- Löw, Heléne (2009): Right-Wing Extremist Perpetrators from an International Perspective. In: Niggli, Marcel Alexander (Hg.): Right wing extremism in Switzerland. National and international perspectives, 170-180.

- Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2019): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018. Link: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Verfassungsschutzbericht_2018_Web.pdf [8.5.2020]
- Schäuble, Barbara (2017): Soziale Arbeit unter Einflussnahme rechtspopulistischer Bewegungen. In: Sozialmagazin. Nr. 12, 60-67.
- Süddeutsche Zeitung (2020): Gegen Rechts: Kirche und Initiative planen Zentrum, 25.02.2020. Link: <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-plauen-gegen-rechts-kirche-und-initiative-planen-zentrum-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200225-99-69464> [8.5.2020]
- Westrick, Frida (2019): Kinder, Kampf und Kräuterkunde. Link: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/5734/kinder-kampf-kraeuterkunde-nazifrauen/> [8.5.2020]

Quellen:

- DDW – Der III. Weg (2020a): Plauen: Neues Stadtteilzentrum dank III. Weg. Blogbeitrag vom 29.02.2020. Link: <https://der-dritte-weg.info/2020/02/plauen-neues-stadtteilzentrum-dank-iii-weg/> [22.4.2020]
- DDW – Der III. Weg (2020b): T-Hemd – Nationalrevolutionäres Zentrum „P 130“. Blogbeitrag vom 21.04.2020. Link: <https://der-dritte-weg.info/2020/04/t-hemd-nationalrevolutionaeres-zentrum-p-130/> [8.5.2020]
- DDW – Der III. Weg (2020c): Jugend im Sturm am 4. Juli 2020. Blogbeitrag vom 24.01.2020. Link: <https://der-dritte-weg.info/2020/01/jugend-im-sturm-am-4-juli-2020/> [8.5.2020]
- DDW – Der III. Weg (2019a): Arbeitsgruppe Jugend gegründet. Link: <https://der-dritte-weg.info/2019/02/arbeitsgruppe-jugend-gegruendet/>. [10.2.2019]
- DDW – DDW (2019b): AG-Jugend: Interview mit Max (+Video). Link: <https://der-dritte-weg.info/2019/08/ag-jugend-interview-mit-max-video/> [4.1.2020]
- DDW – Der III. Weg (2018a): Wiedereröffnung des Jugendtreffs dank III. Weg. Link: <https://der-dritte-weg.info/2018/03/wiedereroeffnung-des-jugendtreffs-dank-iii-weg/> [4.1.2020]
- DDW – Der III. Weg (2018b): Link: Jugendtreff beim III. Weg Vogtland. <https://der-dritte-weg.info/2018/12/jugendtreff-beim-iii-weg-vogtland/> [4.1.2020]

Fotos: C. Ganzer

Eva Grigori



ist Dozentin am Department Soziales der FH St. Pölten und Leiterin der AG Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (OGSA). Sie engagiert sich in der „Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit“ (fipu.at).

„Rechtsruck“ und Soziale Arbeit

Ergebnisse eines Lehrforschungsprojekts

von Christof Beckmann, Lucas Claren, Johanna Jenkner, Julia Rillinger, Ayken-Konstanze Spura und Lena-Maria Uhlemann

Relevanz des Themas für die Soziale Arbeit

In jüngerer Zeit werden die aktuelleren Entwicklungen in der deutschen Öffentlichkeit gerne durch das Bild des „Rechtsrucks“ in Politik und Öffentlichkeit charakterisiert. Dieses Bild ist insofern irreführend, wenn darunter eine über die Zeit stetige Zunahme „rechter“ Einstellungen in der Gesellschaft verstanden wird.

In den beiden aktuellsten, repräsentativen, empirischen Studien – dies sind die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ (vgl. Decker/Brähler 2018) und die „Mitte Studie“ (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019) – wird eher davon ausgegangen, dass sich „eine gewisse Stabilisierung menschenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Bevölkerung erkennen“ lässt. (Zick/Berghan/Mokros 2019, S. 73; Decker u.a. 2018, S. 109 ff.)

Beide haben den Vorteil, dass es sich hier um Langzeitstudien handelt, die Ergebnisse also im Zeitverlauf vergleichbar sind. Um auch „rechte“ Einstellungen jenseits dezidiert rechtsextremer politischer Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft sichtbar machen zu können, nehmen beide Studien Bezug auf das Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Es handelt sich hier um eine systematische Abwertung von als fremd und/oder störend und schwach definierten Gruppen durch eine machtvolle, vermeintliche Mehrheitsgruppe: „Wir verstehen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit also als eine generalisierte Abwertung von Fremdgruppen, die im Kern von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit bestimmt ist.“ (Zick u.a. 2011, S. 42). Dies umfasst Dimensionen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie, aber auch die Annahme, dass Menschen, die

sich hier bereits etabliert haben, Vorrechte einzuräumen sind. Solche Einstellungen reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein: „Leider müssen wir anhand dieser wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in unserer Gesellschaft auch festhalten, dass rechtsextreme, -populistische und demokratiefeindliche Einstellungen und Tendenzen in der Mitte tief verwurzelt sind und die Normalisierung rechter Einstellungen sich immer mehr in der Mitte festschreibt und verfestigt.“ (Schröter 2019, S. 11; vgl. auch: Decker u.a. 2018, S. 113 f.).

Als parlamentarischer Ausdruck dieses „Rechtsruckes“ sind Parteien, wie beispielsweise die AfD, zu fassen, jedoch lässt sich auch in anderen Parteien ein solcher „Rechtsruck“ erkennen (Decker u.a. 2018, S. 94).

Zugleich haben diese Entwicklungen aber auch zu gesellschaftlichen Gegenreaktionen geführt: „Im Zuge eines Rechtsrucks und der massiven Hasskampagnen ist die Zivilgesellschaft und damit weite Teile der Mitte aufgeschreckt, zutiefst verunsichert, inzwischen aber auch vielerorts äußerst aktiv geworden. Kommunen, Wohlfahrtsverbände, gesellschaftliche Institutionen von Schulen, Kirchen, Gewerkschaften bis hin zur Polizei, die Wirtschaft und selbst der Gesundheits- und Pflegebereich haben das Thema „Rechtspopulismus“, im Positiven auch „Demokratie und Toleranz“, auf die Tagesordnung von Fachveranstaltungen und Fortbildungsprogrammen gehoben.“ (Küpper/Berghan/Rees 2019, S. 176). Jenseits der Handlungsfelder, die explizit mit der Problematik befasst sind, hat die Soziale Arbeit allerdings recht lange gebraucht, um sich des Themas anzunehmen. Mittlerweile wächst aber auch hier die Aufmerksamkeit für diese Entwicklungen. Für die Soziale Arbeit bedeutet dies, so Milbradt und Wagner (2017, S. 282), dass „sie intern wie extern immer häufiger mit Menschen zu tun hat und haben wird, die den (hoffentlich) eigenen ethischen Standards und Grundlagen ablehnend gegenüberstehen und sich durch die öffentlichen Auftritte und



Wir verstehen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit also als eine generalisierte Abwertung ...

... von Fremdgruppen, die im Kern von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit bestimmt ist.

Wahlerfolge rechter und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien bestätigt sehen [...]“. Dabei lassen sich in Anlehnung an Milbradt und Wagner (vgl. ebd.) vier Ebenen ansprechen, auf denen der „Rechtsruck“ – gefasst als Etablierung oder Zunahme von menschenfeindlichen Einstellungen oder gar Handlungen – die Soziale Arbeit betrifft:

1. *Die Adressat*innen der Sozialen Arbeit als diejenigen, die sich menschenfeindlich oder rechtsextrem äußern oder sogar entsprechend handeln.*

Hierzu zählen zu den Auswirkungen des Rechtsrucks auf die Arbeitsfelder, die sich genuin mit dem Thema befassen: Beispielsweise die Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen, solchen, die in Gefahr stehen in die „rechte“ Szene abzudriften, oder solche, die ausstiegswillig sind, bzw. denen Hilfe beim Ausstieg aus diesen Szenen angeboten werden. Zum anderen auch auf jene Angebote, die Präventionsangebote zum Thema „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ mit Kindern und Jugendlichen machen, wie sie beispielsweise in Schulen oder anderen (Aus-)Bildungsinstitutionen durchgeführt werden oder auch auf „reguläre“ Angebote der Sozialen Arbeit, in denen Adressat*innen sich menschenfeindlich äußern oder handeln.



2. *Die Adressat*innen der Sozialen Arbeit, die von solchen Haltungen Dritter betroffen sind.*

Diese Ebene betrifft Adressat*innen soweit sie als Teil einer ungleichwertigen, bzw. minderwertigen Gruppe definiert werden und von Diskriminierung betroffen sind. Dies kann eine Spanne von scheinbar harmlosen Gesten und Blicken umfassen, die beispielsweise rassistischer oder sexistischer Natur sind und reicht bis hin zu schweren Gewalttaten durch die die physische Existenz von Adressat*innen bedroht ist.

3. *Die Profession der Sozialen Arbeit als Betroffene von innen her.*

Dabei geht es um die Frage, inwiefern sich in den Reihen der Studierenden (vgl. dazu Radvan/Schäuble 2019) und der Fachkräfte rechtsextreme, oder aber autoritäre, bzw.

menschenfeindliche Haltungen, Ansichten, Praktiken etablieren. Dies ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. dazu Rieker 2006; Gille/Jagusch 2019) – ein bislang weitgehend unerforschtes Thema. In der Fachdebatte wird aber in jüngerer Zeit die zunehmende Straflust in sozialpädagogischen Handlungssettings und die Legitimation des Einsatzes von Zwang gegenüber den Adressat*innen sichtbar, ohne dass dies allerdings direkt als Ausdruck des „Rechtsrucks“ in Gesellschaft und Öffentlichkeit beschrieben werden kann.

4. *Die Profession der Sozialen Arbeit als Betroffene von außen her.*

Dabei geht es um die Frage, wie insbesondere die (lokale) Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung und wie der möglicherweise auch dort wahrnehmbare Rechtsruck die Soziale Arbeit politisch beeinflusst. Hier lassen sich wiederum zwei Ebenen differenzieren: Im Rahmen ihrer Zugehörigkeit zu Parlamenten auf kommunaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene stehen „rechten“ Parteien eine Reihe von Möglichkeiten der Ausübung parlamentarischer Rechte zu. Sie können mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zwar die Praxis der Sozialen Arbeit nicht direkt steuern oder verändern, sie können aber – durch kleine und große Anfragen oder die Arbeit in entsprechenden Ausschüssen – bestimmte Arbeitsbereiche oder Projekte skandalisieren (vgl. z.B. Hafeneeger u.a. 2018). Luzider, und somit schwerer zu fassen, sind die Veränderungen auf der Ebene dessen, was in der Öffentlichkeit sagbar wird. Es kommt in Folge des Rechtsrucks zu „Gewöhnungseffekte(n) und Normalisierungen von rechtspopulistischen Ideen, Themen und Fragen“ (Küpper/Bergman/Rees 2019, S. 176), wobei davon ausgegangen wird, dass rechtsextreme und menschenfeindliche Vorstellungen in bestimmten Milieus dauerhaft vorhanden sind, ein offenes Aussprechen aufgrund sozialer Tabus jedoch bisher nicht möglich gewesen ist. Diese latent vorhandenen Vorstellungen können in dem jetzigen Klima der Öffentlichkeit wieder kommuniziert werden. Dies betrifft beispielsweise die öffentliche Akzeptanz von sozialarbeiterischen/-pädagogischen Leistungen für

Jenseits der Handlungsfelder, die explizit mit der Problematik befasst sind, hat die Soziale Arbeit recht lange gebraucht, um sich des Themas anzunehmen.

Flüchtlinge, aber auch die Frage nach der Akzeptanz von sozialstaatlichen Leistungen per se, die durch marktradikale Ansichten des Rechtspopulismus/Rechtsextremismus zunehmend in Frage gestellt werden (vgl. Hövermann/Groß 2016).

Ausgewählte Ergebnisse der Lehrforschung „Rechtsruck und Soziale Arbeit“

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen führte eine Gruppe von Studierenden an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie eine Lehrforschung zum Thema „Rechtsruck und Soziale Arbeit“ durch. Theoretische Basis war dabei das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der „Mitte-Studien“. Im Hinblick auf die Differenzierung von Milbradt und Wagner (s.o.) beschäftigte sich diese Lehrforschung mit den Ebenen der Adressat*innen (1. und 2.) und der Ebene der Betroffenheit der Profession durch die sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Umstände (4.). Insgesamt wurden 11 leifadengestützte Expert*inneninterviews mit Fachkräften aus 11 unterschiedlichen sozialen Einrichtungen geführt, fast alle der Interviewpartner*innen waren staatlich anerkannte Sozialpädagog*innen. Die Interviewpartner*innen arbeiteten dabei in ganz unterschiedlichen Arbeitsfeldern, so konnte eine große Bandbreite an Perspektiven und Stimmen gesammelt werden. Die Interviews wurden im Frühjahr 2019 geführt und inhaltsanalytisch ausgewertet. Im Rahmen dieses Artikels ist es nicht möglich alle Ergebnisse zu präsentieren. Wir haben entschieden, uns hier auf folgende Aspekte zu konzentrieren:

Auswirkungen des „Rechtsrucks“ auf die Adressat*innen Sozialer Arbeit

Die Ergebnisse zeigen, dass rund die Hälfte der Expert*innen zunächst keine durch den „Rechtsruck“ bedingten Veränderungen für ihre Einrichtungen nennen. Dies erklären sie sich dadurch, dass viele der Probleme so oder so ähnlich auch schon zuvor vorhanden waren. Demnach fällt es ihnen schwer die genaue Ursache bzw. die beobachteten Ver-

Die Abwertungsform, die am meisten erlitten wird, ist dabei die Fremdenfeindlichkeit.

Die Adressat*innen selbst üben auch GMF aus, dabei ist die Kategorie der Etabliertenvorrechte am häufigsten vertreten.

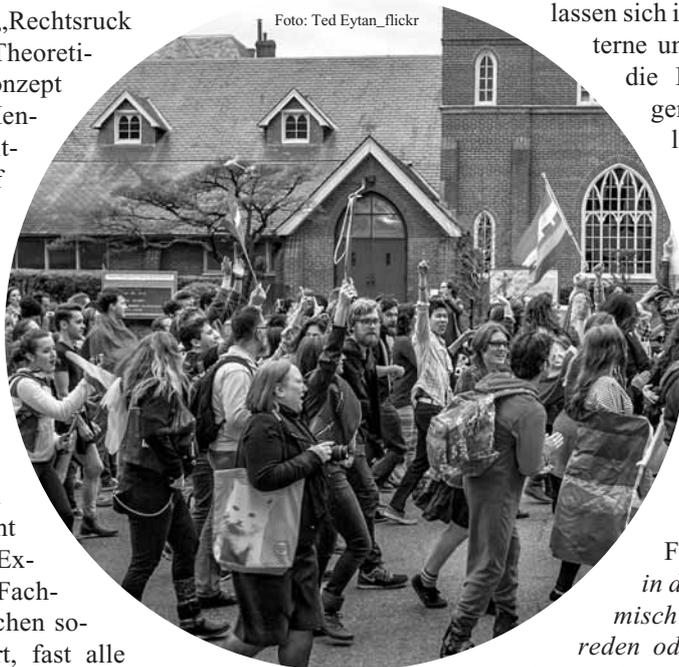
änderungen den Ursachen zuzuordnen. Im Verlauf der Interviews und somit auch der Auseinandersetzung mit dem Thema geben die Befragten dann aber an, dass ihnen doch Veränderungen durch den Rechtsruck aufgefallen seien: „Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr habe ich das Gefühl, dass es mehr geworden ist, mit den Aussagen über Zugereiste, Geflüchtete.“ Diese Veränderungen

lassen sich in drei Kategorien einteilen: interne und externe Veränderungen für die Einrichtungen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erleidende und ausübende Adressat*innen sowie Befürchtungen und Vermutungen für die Zukunft. Bei den Adressat*innen beobachten die Interviewpartner*innen einen Anstieg von GMF sowohl in Bezug auf diejenigen, die GMF erleiden, als auch auf diejenigen, die GMF ausüben. Die Abwertungsform, die am meisten erlitten wird, ist dabei die Fremdenfeindlichkeit: „Sei es in der U-Bahn, wenn Leute sie komisch angucken, wenn sie Arabisch reden oder sie anschauen, dass sie leise reden sollen, das haben sie mir 2015,

2016 nicht so berichtet.“ Aber die Adressat*innen selbst üben auch GMF aus, dabei ist die Kategorie der Etabliertenvorrechte am häufigsten vertreten: „Also zum einen, dass so Leute, die hier hinkommen, die Deutsche sind oder schon länger in Deutschland leben, dass die schon vermehrt auf ihre Privilegien pochen, dass sie ja schon länger hier sind und so Sachen äußern wie: ‚Die nehmen uns die Plätze in den Wohnhäusern weg, die nehmen uns die Arbeitsplätze weg.‘“ Angesichts der Skepsis gegenüber der Ausgestaltung und des Ausmaßes des Sozialstaates, die in Teilen der Bevölkerung vorherrschen, berufen sich Adressat*innen Sozialer Arbeit – in der Wahrnehmung der Interviewpartner*innen – also darauf, dass ihnen zumindest Vorrechte einzuräumen sind, beispielsweise gegenüber geflüchteten Menschen, die erst vor kurzem nach Deutschland gekommen sind.

Reaktionen der Einrichtungen auf den „Rechtsruck“ in der Gesellschaft

Bei den einrichtungsinternen Veränderungen zeigt sich keine deutliche Tendenz. Die Einrichtungen reagieren auf ganz unterschiedlichen Ebenen, beispielsweise durch neue Angebote oder stärkere Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist auch



abhängig davon, wie stark die Interviewpartner*innen, bzw. ihre Einrichtungen und Adressat*innen von dem „Rechtsruck“ betroffen sind. Im Hinblick auf die Adressat*innen konstatieren die Interviewpartner*innen ein erhöhtes Schutzbedürfnis, woraus sich für die Einrichtungen die Notwendigkeit ableitet, die Adressat*innen intensiver zu begleiten und sich auf Gespräche mit anderen (sozial-)staatlichen Institutionen entsprechend vorzubereiten. Auch dies betrifft in der Wahrnehmung der Interviewpartner*innen insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund: „[B]ei Menschen, die halt nicht so gut Deutsch sprechen, da habe ich eher Angst [...] dass die gar nicht gehört werden, [...] dass sie gar nicht mit ihrem Anliegen weiterkommen und deswegen begleite ich einfach mehr.“

Ähnliche Aussagen haben einzelne Interviewpartner*innen auch im Hinblick auf Mitarbeiter*innen von Behörden gemacht. So seien Adressat*innen aufgrund von fehlenden Sprachkenntnissen benachteiligt und stigmatisiert worden oder es wurde ihnen vorurteilsvoll begegnet. Diese Aussagen sind plausibel, wenn wir annehmen, dass Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Gesamtgesellschaft betreffen. Aufgrund des Untersuchungsdesigns – wir haben die Adressat*innen nicht selbst befragt, sondern dies sind Aussagen „aus zweiter Hand“, durch die betreuenden Sozialarbeitenden – war es uns aber nicht möglich festzustellen, ob die wahrgenommene Diskriminierung der Adressat*innen auf Basis oder entgegen geltenden Rechts stattgefunden hat. Diesbezüglich wären dringend weitergehende Untersuchungen nötig, belastbare Aussagen lassen sich aus unserem Untersuchungsmaterial nicht ableiten.

Eine erhöhte Aufmerksamkeit ist ebenso hinsichtlich des Umgangs und des Verhaltens der Adressat*innen untereinander geboten. Der Schutzraum für besonders vulnerable Gruppen muss also auch in den Einrichtungen gegenüber GMF ausübenden Adressat*innen gewahrt bleiben: „Ich kann sagen, ich habe als Fachkollegin mehr so die Sorgen, dass die Klienten sich untereinander ablehnen und diskriminieren und das durch

Der Schutzraum für besonders vulnerable Gruppen muss auch in den Einrichtungen gegenüber GMF ausübenden Adressat*innen gewahrt bleiben.

Berichterstattung, die sie im Radio hören. So rechte Berichterstattung eventuell unreflektiert die Meinung aus Medien übernommen wird und weitergegeben wird und deshalb ist ein Großteil dieser sozialen Interaktion bei uns das eben wirklich das Verhalten untereinander immer wieder reflektiert wird und auch abgefragt und solche Sachen, die passieren werden ernst genommen und besprochen.“ Besonders die (sozialen) Medien werden in der Reflexion der Interviewpartner*innen immer wieder als Multiplikationskanäle rechter und menschenfeindlicher Haltungen und Gesinnungen erwähnt. Einrichtungsextern berichten fast alle Interviewpartner*innen einen steigenden Druck sowie eine Skepsis durch die Öffentlichkeit und/oder die Politik. So heißt es z.B.: „[...] entweder du integrierst dich hier voll und ganz und ungeachtet der Tatsache, ob die's können oder nicht, und dann bist du einfach aussortiert und das glaube ich is ne Tendenz, die werden wir noch stärker zu spüren bekommen, aber das ist schon seit ein paar Jahren so.“

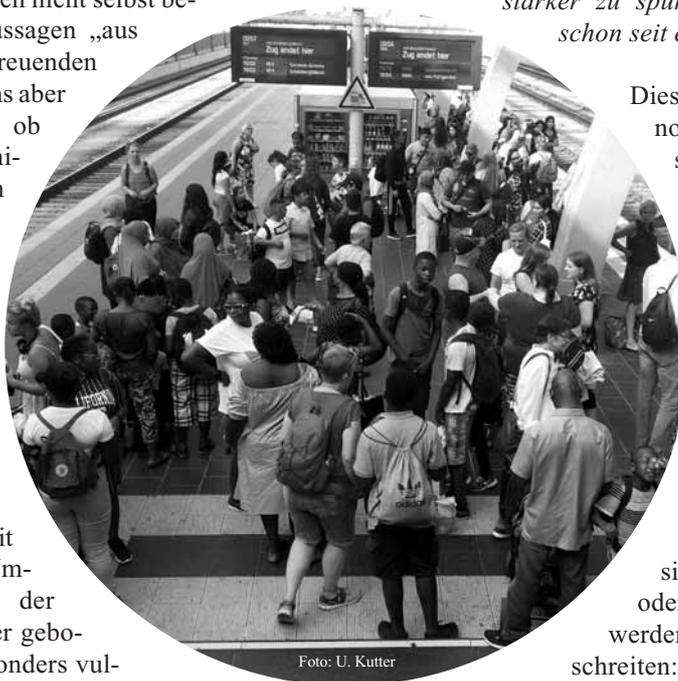


Foto: U. Kutter

Diese Veränderungen seien bislang noch nicht so schwerwiegend, sondern eher schleichend und bezögen sich vielmehr auf die Adressat*innen und weniger stark auf die konkrete Arbeit der Einrichtungen selbst. An dieser Stelle soll betont werden, dass alle Einrichtungen davon ausgehen, dass eine Fortsetzung und Zuspitzung der aktuellen Tendenz drastische Folgen für ihre Arbeit hätte. Am deutlichsten zeigt sich, dass erschwerte Zugänge oder sogar Schließungen vermutet werden, sollte der „Rechtsruck“ fortschreiten: „Also das erste ist ja schon mal, dass Menschen im Moment, die eine psychische Erkrankung haben, einen Rechtsanspruch auf diese Unterstützung haben. An der Schraube könnte als allererstes gedreht werden. Die Zugehörigkeit zum Personenkreis, stellt ja ein relativ kleines Gremium fest.“ Die Selektivität des Zugangs zu sozialstaatlichen Leistungen – so wird befürchtet – würde noch stärker werden, unter Umständen auch anhand von ethnischen Kriterien. Es wird aber auch befürchtet, dass sich solch eine Entwicklung auf die Einrichtungen und ihr Angebot sehr direkt auswirken würde: „Der worst case ist glaube ich eher: dann gibt es unsere Arbeit sowieso nicht mehr.“

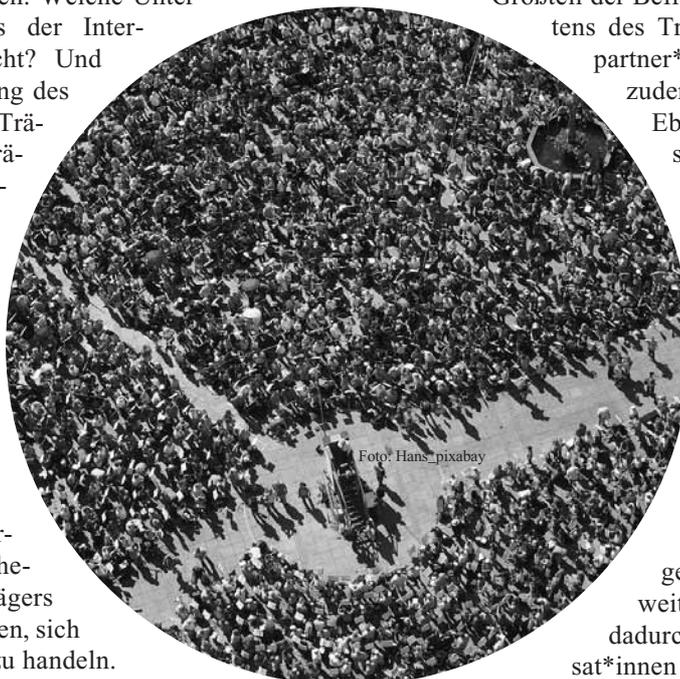
Eine erhöhte Aufmerksamkeit ist hinsichtlich des Umgangs und des Verhaltens der Adressat*innen untereinander geboten.

Sie vernetzen sich, um ein fachliches und sozialpolitisches Gegengewicht zum Rechtsruck in Öffentlichkeit ...

Einflussmöglichkeiten der Trägerverbände

Wie bereits angemerkt wurde, hat der „Rechtsruck“ auch öffentliche Gegenreaktionen provoziert, u.a. durch die Wohlfahrtsverbände (s.o.). Es stellt sich nun die Frage, wie konkret die übergeordneten Verbände und Träger die Einrichtungen, die „vor Ort“ mit den Auswirkungen konfrontiert sind, unterstützen können. Welche Unterstützung wird hier seitens der Interviewpartner*innen gewünscht? Und wie übersetzt sich die Haltung des Trägers in die Handlung des Trägers? Wie sollte sich der Träger, in den Augen der Fachkräfte, praktisch gegen einen Rechtsruck stellen? Diesbezüglich fragten wir uns, ob sich unsere Interviewpartner*innen mehr Rücken- oder Unterstützung von ihrem Träger wünschen. Aus den Antworten der Interviewten kristallisierte sich eine breite Zustimmung unter den Interviewpartner*innen darüber heraus, dass seitens des Trägers Möglichkeiten gesehen werden, sich zu positionieren bzw. aktiv zu handeln. Bezüglich konkreter Aktionen gegen den „Rechtsruck“ werden von den Befragten vor allem Perspektiven im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Netzwerkarbeit gesehen. Eine der befragten Personen äußerte hierzu konkret, dass sie sich „nach außen“ hin „stärkeres politisches Engagement“ wünsche. Ihr Träger sei „ja jemand in der Szene“, da könne man sich auch „stärker positionieren“, das sei ihr „noch ein bisschen zu wenig“. Vor allem wäre dem*r Interviewpartner*in wichtig „auf Hamburg-Ebene [...] stärker gegen zu spulen“.

Die Notwendigkeit, dass sich die Träger für die Einrichtungen stark machen, sieht knapp die Hälfte der Interviewpartner*innen. Die Bedeutung des Trägers für die öffentliche Positionierung und deren Rückhalt wird vor allem an der Aussage eine*r Interviewpartner*in deutlich, der*die darin „einen langen Atem [...] über 2015 hinaus“ sehe, dass dies Durchhaltevermögen brauche und einen standhaften Glauben an die Jugendlichen, dass „egal woher sie kommen, [sie] hier 'ne Chance haben sollen“. Der Träger stehe „in der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe für diese und jene Werte“, diese sollen auch weiterhin durchgesetzt werden. Es gibt aber auch andere Stimmen, die eine Veränderung durch die Träger nicht für notwendig halten. Begründet



wurde dies unterschiedlich. So berichtet ein*e Interviewpartner*in, dass sich der Träger bereits deutlich positioniere und aktiv einbringe. Ein*e andere Interviewpartner*in einer anderen Einrichtung ist gegenteiliger Meinung: Der Träger solle eher eine politisch neutrale Position einnehmen. Im Fokus solle das stehen, wofür der Träger stehe und keine Positionierung bezüglich dessen, was abgelehnt würde. Resümierend lässt sich festhalten, dass ein überwiegender Konsens unter den Interviewpartner*innen bezüglich des Einsatzes und der Positionierung der Träger besteht, obschon einzelne Meinungen abweichen. Ebenso spielt der Rückhalt der Träger eine wichtige Rolle für einen

Großteil der Befragten. Konkrete Aktionen seitens des Trägers halten viele Interviewpartner*innen für möglich und nötig, zudem sehen sie insbesondere auf Ebene der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Netzwerkarbeit eine hohe Relevanz für die praktische Positionierung gegen den Rechtsruck.

Diskussion & Fazit

Wir konnten im Rahmen der Lehrforschung 11 Stimmen von Sozialarbeitenden aus sehr unterschiedlichen Arbeitsfeldern einfangen. Begrenzt wird die Reichweite der Ergebnisse sicherlich dadurch, dass wir leider keine Adressat*innen befragen konnten. Insofern geben die Aussagen zu der Betroffenheit der Adressat*innen von GMF oder zu der Verbreitung von GMF unter den Adressat*innen lediglich die Sichtweise der befragten Interviewpartner*innen wieder. Diese so „gefilterten“ Aussagen sind aber insofern relevant, als dass die Interviewpartner*innen ihr Handeln in den Einrichtungen basierend auf diesen Wahrnehmungen ausrichten, wenn sie beispielsweise bei bestimmten Gruppen von Adressat*innen einen erhöhten Unterstützungsbedarf konstatieren, bzw. eine erhöhte Aufmerksamkeit auf GMF bezogene Äußerungen der Adressat*innen untereinander walten lassen.

Im Verlauf der Auswertung ist uns aufgefallen, dass die Interviewpartner*innen oft erst im Verlauf des Interviews Situationen wiedergeben konnten, in denen ihnen der Rechtsruck in der Gesellschaft im Hinblick auf die Adressat*innen oder ihre eigene Einrichtung aufgefallen sind. Eine Er-

... und Gesellschaft zu bilden und sie wünschen sich (noch) mehr Unterstützung seitens der Trägerverbände.

klärung könnte sein, dass den Fachkräften in den Einrichtungen nicht genug Raum für die Reflexion ihrer Erfahrungen gegeben wird und sich diese Reflexion erst im Rahmen des Interviews einstellte.

Die befragten Fachkräfte reagieren in vielfältiger Art und Weise auf die von ihnen wahrgenommenen Veränderungen im Hinblick auf ihre eigene Praxis in „ihren“ Einrichtungen. Sie vernetzen sich, um ein fachliches, aber auch sozialpolitisches Gegengewicht zum Rechtsruck in Öffentlich-



keit und Gesellschaft zu bilden und sie wünschen sich (noch) mehr Unterstützung seitens der Trägerverbände.

Weitere Forschungsperspektiven ergeben sich hinsichtlich Forschungen, die explizit die Adressat*innen Sozialer Arbeit mit einbeziehen, aber auch hinsichtlich der Verbreitung „rechter“, menschenfeindlicher Einstellungen seitens Sozialarbeitender selbst (siehe 3.), wie sie zumindest ansatzweise und exemplarisch für das Bundesland Nordrhein-Westfalen mittlerweile vorliegen (vgl. Gille/Jagusch 2019).

Literatur:

- Decker, O./Brähler, E. 2018 (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen
- Decker, O./Kiess, J./Schuler, J./Handke, B./Brähler, E. 2018: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O./Brähler, E. (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen, S. 65-115
- Gille, C./Jagusch, B. 2019: Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen. FGW-Studie „Rechtspopulismus, Soziale Frage und Demokratie, Band 3. Link: https://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-RSD-03-Gille-2019_11_29-komplett-web.pdf [27.3.2020]
- Hafenegger, B./Jestädt, H./Klose, L.-M./Lewek, P. (2018): Kinder- und Jugendpolitik der AfD. In: Deutsche Jugend, 7-8/66 Jg., S. 331-343
- Hövermann, A./Groß, E. (2016): Marktförmiger Extremismus – Über die Verbindung zwischen ökonomischen Denkweisen und menschenfeindlichen Einstellungen am Beispiel der aktuellen Flüchtlingsdebatten. Link: www.researchgate.net/publication/308373775 [6.6.2019]
- Küpper, B./Berghan, W./Rees, J. 2019: Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Zick, A./Küpper, B./Berghan W. 2019 (Hg.): Verlorene Mitte, Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, S. 173-202
- Lehnert, E./Mayer, M. 2019: Rechte Frauen als Herausforderung für die Soziale Arbeit und Beratung. In: Köttig, M./Röh, D. (Hg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation. Opladen, u.a., S. 206-215
- Milbradt, B./Wagner, L. 2017: Pegida – Rechtspopulistische Bewegungen und die Folgen für die Soziale Arbeit. In: Soziale Passagen. Jg. 8/2, S. 275-291
- Radvan, H./Schäuble, B. 2019: Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende – Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In: Köttig, M./Röh, D. (Hg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation. Opladen, u.a., S. 216-227
- Rieker, P. (2006): Rechtsextreme Studierende der Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Ostdeutschland? Die erstaunliche Karriere einer alarmierenden These. Sozial Extra, Jg. 12, S. 32-34
- Zick, A./Küpper, B./Berghan W. 2019 (Hg.): Verlorene Mitte, Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn
- Zick, A./Berghan, W./Mokros, N. 2019: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002 – 2018/19. In: Zick, A./Küpper, B./Berghan W. 2019 (Hg.): Verlorene Mitte, Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, S. 53-115
- Zick, A./Küpper, B./Hövermann, A. 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Bonn

Der Artikel basiert auf den Ergebnissen eines Lehrforschungsprojektes der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie aus den Jahren 2019/20 zum Thema „Rechtsruck‘ und Soziale Arbeit“. Der Beitrag wurde verfasst von Christof Beckmann, Lucas Claren, Johanna Jenkner, Julia Rillinger, Ayken-Konstanze Spura, Lena-Maria Uhlemann.

Politische Interventionen im Arbeitsfeld der OKJA? Was soll das eigentlich sein?

Einige Überlegungen aus einem laufenden Forschungsprojekt

von Nils Schumacher, Moritz Schwerthelm und Gillian Zimmermann

Unter dem Titel „Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ führen wir im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. seit Mitte März eine bundesweite Erhebung durch. Im Fokus stehen Erfahrungen und Umgang mit Infragestellungen und Konfrontationen sowie daraus entstehende Bedarfe und Perspektiven der Praxis. Bis jetzt steht fest: Die Corona-Pandemie beeinflusst den Verlauf der Befragung in starkem Maße. Wie stark, das wird sich noch zeigen. Wir nutzen das entstandene ‚Pseudo-Moratorium‘ (das ähnlich auch für weite Teile des Praxisfeldes gilt), um einige definitorische und konzeptionelle Überlegungen an ersten empirischen Eindrücken abzugleichen. Dabei konzentrieren wir uns auf vier Punkte: Wir erläutern unser Verständnis des Begriffs der Intervention im Kontext von Sozialpädagogik und Kinder- und Jugendarbeit und fragen nach den Konturen des Politischen dieser Interventionen. Im Anschluss beschreiben wir Ergebnisse anderer Studien und spekulieren am Ende über die potenzielle Relevanz unserer Befunde. Die Ausführungen stehen zugleich unter Vorbehalt. Anhand der Zahl der noch eintreffenden Rückmeldungen können sich unsere Überlegungen im weiteren Verlauf nicht nur konkretisieren, sondern auch andere Schwerpunktsetzungen erfahren.

1. Wann sprechen wir von Interventionen?

Intervenieren heißt ‚sich einschalten‘ oder ‚dazwischentreten‘. Jede Disziplin (Pädagogik Politikwissenschaft, Soziologie usw.) hat ihr eigenes Verständnis darüber, was das genau bedeutet. In der Sozialen Arbeit tritt der Begriff der Intervention in zweifacher Weise auf (z.B. Hurrelmann/Holler-Nowitzki 1988; Meinhold 1988). In einem eng gefassten Sinne werden mit ihm Formen zielgerichteten professionellen Eingreifens in einer konkreten, oft akuten Problemlage bezeichnet. Es ist in dieser Variante also ein klassischer Hilfe-Fall der Sozialen Arbeit gemeint. In einem weit gefassten Sinne kann der Begriff für jedes geplante methodische Vorgehen im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel stehen. In diesem Fall entsteht eine große Nähe zur Vorbeugung von Problem-

lagen, das heißt zum Gedanken und Auftrag der Prävention. Der Interventionsbegriff bezieht sich also mal auf konkrete Handlungsprobleme, mal stärker auf allgemeine Gestaltungs-herausforderungen der Profession. Er steckt manchmal in anderen sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Handlungsbegriffen wie Beratung, Begleitung und Angebot.



Manchmal steht er ihnen aber auch gegenüber. Er besitzt in dem einen Arbeitsbereich eine relativ große Bedeutung, in dem anderen wiederum nicht. Ob nun vertraut oder fremd: Das Verhältnis der Sozialen Arbeit zur Praxis der Intervention ist immer spannungsvoll. Dies ergibt sich aus der typischen Doppelfunktion der lebensgestaltungsorientierten Stützung von Individuen und Lebenswelten und der Bewahrung des Gemeinwesens und des Staates vor politisch riskanten Auswirkungen (Böhnisch 1982). Diese doppelte Funktion bildet sich auch in der Geschichte der Jugendarbeit ab. Zu erkennen ist hier „ein widersprüchliches Zueinander von Konzeptessentials, emanzipatorischer Bildung einerseits und Normalisierung und Kontrolle andererseits, bereits in der Jugendbewegung und den staatlichen Jugendarbeitsregelungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland“ (Schwerthelm/Sturzenhecker 2016: 9; siehe auch Giesecke 1969). Das für die gesamte Soziale Arbeit typische Mandat aus sozialer Hilfe einerseits, sozialer Kontrolle andererseits wird in der Jugendarbeit zudem noch um Aspekte der Bildung und Selbstorganisation ergänzt. Auf diese Weise können auch gesellschaftsverändernde, emanzipatorische Anteile in der eigenen Arbeit an Raum gewinnen. Sie ergeben sich im Prinzip schon daraus, dass die Lage und die möglichen Probleme der Adres-

Eine unserer Grundannahmen ist, dass die OKJA aufgrund ihres Charakteristikums der Offenheit ...

... besonders dann umstritten und damit interventionsanfällig ist, wenn Offenheit als Unbestimmtheit interpretiert wird.

sat*innen eben nicht einfach als hausgemacht verstanden und individualisiert, sondern in den Zusammenhang mit gesellschaftlichen Verhältnissen gestellt werden.

Von diesem Punkt aus lässt sich eine Brücke zum Thema unserer Untersuchung schlagen: Pädagogisches Handeln entfaltet sich zwischen fachspezifischen Prinzipien (der vielbeschworenen ‚Professionalität‘) und subjektiven Deutungen (der eigenen ‚Haltung‘). Es folgt zugleich staatlichen Aufträgen und steht im Blick öffentlicher Erwartungen, was ein Geflecht an verschiedenen potenziellen Spannungslinien entstehen lässt: Eigene Vorstellungen können mit den Vorstellungen der Adressat*innen, der Kostenträger oder weiterer Dritter kollidieren. Aufträge können sich ändern und neue Anspruchsträger können auftreten, was wiederum neue Konflikte oder Anpassungen zur Folge hat. Das bedeutet: Soziale Arbeit ist eine Gestaltungs- und Interventionsprofession, die selbst dauerhaft Gegenstand von Gestaltung und Interventionen ist. Gleiches gilt für den Teilbereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie ist aufgrund ihrer Offenheit besonders anfällig für die Zuschreibung bestimmter Aufgaben und Funktionen. Aus der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Prinzipien entsteht eine gewisse Hybridität, die das Handeln der Beteiligten maßgeblich beeinflusst und eine spezifische Professionalität abverlangt (Schwerthelm 2020).

Im Sinne einer „Sozialen Personenbezogenen Dienstleistungsorganisation“ (Klatetzki 2010) zählt die Offene Kinder- und Jugendarbeit zwar zu den „zielorientierte[n] soziale[n] Systeme[n]“ (ebd.: 14). Aber in die Zielbestimmung fließen unterschiedliche gesellschaftliche Einflüsse ein. „Da es eine Pluralität von gesellschaftlichen Werten gibt, kommt es dazu, dass unterschiedliche Interessengruppen außerhalb (z.B. in Politik oder Wirtschaft) und innerhalb (z.B. unterschiedliche Berufsgruppen und die Klient*innen der Organisation) verschiedene Ziele favorisieren, sodass sich ein Konsens über die Ziele sozialer Einrichtungen und Dienste nicht selbstverständlich einstellt“ (ebd.). Aus diesem Grund lassen sich solche Organisationen auch als „umstrittene Handlungsfelder“ (ebd.) bezeichnen.

Eine unserer Grundannahmen ist, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit aufgrund ihres Charakteristikums der Offenheit besonders dann umstritten und damit interventionsanfällig ist, wenn Offenheit als Unbestimmtheit interpretiert wird. Diese kann zum Anlass genommen werden, die Offene Kinder- und Jugendarbeit durch Interventionen für eigene Ziele in den Dienst zu nehmen. Oder jede inhaltliche Ausrichtung oder Positionierung kann mit der Begründung des Erhalts einer als ‚Neutralität‘ (fehl)interpretierten Offenheit zum Anlass politischer Interventionen werden. Dies ist ein Ausgangspunkt unserer Untersuchung. Ein Teil dieser Inter-

ventionen gehört zum üblichen Repertoire des (fach)politisch-administrativen Steuerungsgeschehens. Er wird als grundsätzlich legitime Strukturierung des Feldes eigenen (professionellen) Handelns angesehen und im Kern akzeptiert (wer stellt schon die Regelungskompetenzen von Behörden, Parlamenten und Ausschüssen generell in Frage?). Als Resultat der damit einhergehenden Selbstverständlichkeit, wird ein solches Handeln auch nicht unbedingt als ‚Intervention‘ empfunden.

Unser Interesse gilt demgegenüber jenem Teil des Geschehens, der über den Regelfall hinausweist und von Betroffenen auch nicht als Regelfall empfunden wird. Diese Art der Intervention ist durch drei Aspekte charakterisiert: Erstens handelt es sich um eine bewusste Machttaktion zur zielgerichteten Einflussnahme, zweitens geht diese Machttaktion mit dem Versuch der Selbstlegitimierung und der Delegitimierung der



anderen Seite einher, drittens ist die Legitimität dieser Machttaktion umstritten. Solche Formen der Einflussnahme können im Rahmen bereits bestehender Beziehungen auftreten, mit ihnen können sich aber auch bislang Nicht-Beteiligte ins Spiel bringen. Sie lassen sich mit unterschiedlichen Begriffen verbinden, je nachdem, ob man auf die Intentionen der Interventionierenden, auf Einschätzungen der Betroffenen oder auf Effekte von Interventionen schaut. Man denke in diesem Zusammenhang beispielsweise an Begriffe wie Eingriff, Angriff, Übergriff, Infragestellung, Gängelung, Einschränkung, Diskreditierung, Schwächung, Ersetzung, Etikettierung oder Thematisierung. Die ersten Rückmeldungen aus dem Feld machen deutlich, dass die Grenzen zwischen ‚üblichen‘ und delegitimierenden Einflussnahmen oft fließend sind. Zugleich wird deutlich, dass der uns interessierende Typus von Einflussnahme durch einen vierten Aspekt charakterisiert ist: nämlich durch seine Bezüge zu Politik.

Einflussnahmen finden vor allem dort statt, wo bereits gewachsene Strukturen der extremen Rechten existieren.

2. Wo steckt die Politik, wo das Politische in politischen Interventionen?

Was eine Intervention zu einer politischen Intervention macht, hängt sowohl vom Rahmen als auch von der Bewertung der Beteiligten ab. Eindeutig liegt der Fall, wo Interventionen auf direkte Weise politische Themen berühren oder wo Parteien und andere politische Gruppen als zentrale Akteur*innen auftreten. Die ersten Rückmeldungen machen aber erstens deutlich, dass Anlässe, Themen und Argumentationen oft viel breiter gestreut sind, zum Teil (zumindest vorgeblich) auch fachlich oder formal argumentiert wird. Es zeigt sich zweitens, dass dabei nicht allein politische Akteur*innen, sondern auch Institutionen, wie Behörden, eine Rolle spielen. Um hier genauer hinschauen zu können, wird die genauere Bestimmung der Begriffe ‚Politik‘ und ‚politisch‘ relevant.

Wir sprechen von politischen Interventionen, wenn sich in den Einflussnahmen ein öffentlicher Konflikt zwischen Interessen abbildet, und diese Interessen auf Werte und Normen einer Organisation oder auf gesellschaftliche Werte und Normen verweisen. Eine solche analytische Perspektive erlaubt es, auch Interventionen und Umgangsweisen als ‚politisch‘



zu identifizieren, in denen die Abwesenheit des Politischen behauptet wird, wie es zum Beispiel im Begriff und Diskurs der ‚Neutralität‘ der Fall ist.

Für den Kontext politischer Intervention scheint es aus unserer Sicht sinnvoll, verschiedene Analysedimensionen zu unterscheiden:

Rolle und Status der Intervenierenden	Handelt es sich um systemexterne oder systeminterne Akteur*innen? In erste Kategorie fallen Parteien, organisierte zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Medien, die allgemeine Öffentlichkeit, bei freien Trägern auch Behörden. In die zweite Kategorie fallen Träger, Kolleg*innen, Vorgesetzte, bei staatlichen Einrichtungen auch Behörden.
Arenen der Intervention	In welcher Arena erfolgt die Intervention? Welchen Grad von Öffentlichkeit hat diese Arena? Bsp.: Parlamente (von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene), Ausschüsse, (interaktive) Medien, öffentlicher Raum, Netzwerktreffen, Tagungen etc.
Formen der Intervention	Welche Formen weisen Interventionen auf? Bsp.: offen/direkt oder verdeckt/indirekt (Hafeneger 2020)
Intentionen der Intervenierenden	Welche möglichen und/oder zum Ausdruck gebrachten Absichten, Interessen und Positionen verfolgen die Intervenierenden? Bsp.: Verunsicherung erzeugen, Rechtfertigungsdruck aufbauen, Handlungsräume einschränken (Hafeneger 2020)
Anlässe und Themen der Intervention	Welche Anlässe und Themen bilden den Ausgangspunkt der Intervention? Bsp.: (professionelles) Handeln der Betroffenen, Konzepte, Zusammensetzung der Besucher*innen, allgemeine gesellschaftliche Ereignisse und Debatten
Argumentative Linien/Strategien	Welche spezifischen Begründungen liegen den Interventionen zugrunde und welche Zusammenhänge werden hergestellt?
Interpretationen der Betroffenen	Wie schätzen Betroffene die Intervention ein? Bsp.: Wie schätzen sie die Höhe des Einflusses auf das eigene Handeln ein? Wird Legitimationsdruck erzeugt?
Umgangsweisen der Betroffenen/der Antwortenden	Wie gehen die Betroffenen/Antwortenden mit der Intervention um? Bsp.: Ignorieren, Delegieren, Antworten durch Verwaltungshandeln, Antworten durch eigenes Handeln
Effekte des Interventionsgeschehens	Welche Effekte hat das Interventionsgeschehen? Bsp.: Einstellung der Förderung, Änderung von Konzepten, Verunsicherung, Legitimationsbedürfnis, Einschränkung von Handlungsräumen
Bedarfe und Strukturbedingungen	Welche Bedarfe entstehen für Betroffene? Bsp.: Rückhalt vom Träger, Solidarität im Arbeitsfeld, kollegiale Beratung, Klärung/Schärfung des eigenen Auftrags

Zusätzlich ist zu beachten, dass es Handlungsformen gibt, die für sich genommen noch keine Interventionen darstellen müssen, aber im Kontext von Interventionen eine Funktion besitzen können. Darunter fallen zum Beispiel Anfragen, die auf den ersten Blick lediglich der öffentlichen Information dienen, Kommentare in Gästebüchern und Facebook-Seiten von Einrichtungen, Leserbriefe, Medienberichte, informelle Kritik durch Fachkolleg*innen, Distanzierungen oder die Versagung von Unterstützung. Auch diese Formen gilt es, im Rahmen der Untersuchung im Blick zu behalten.

3. Was wissen wir bereits aus anderen Studien?

Für das (sozial)pädagogische Feld im Allgemeinen und die Jugendarbeit im Speziellen sind politische Interventionen nichts Neues. Mit Blick auf die Offene Jugendarbeit kann hier an zwei sehr unterschiedliche Konfliktstränge erinnert werden: Zum einen kam es im Kontext der westdeutschen Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre zu zum Teil massiven Konflikten und Interventionen, die aus dem Anliegen einer „Freizeit ohne Kontrollen“ (Steinacker 2013; Templin 2015) resultierten und in denen Gefahren des „Linksradikalismus“ bzw. „-extremismus“ heraufbeschworen wurden. Zum anderen führte die sog. „akzeptierende Jugendarbeit“ mit rechten Jugendlichen zwischen 1991/92 und ca. 2000 zu Interventionen und intensiven Diskussionen über die Frage, mit welchen Konzepten und bis zu welchem Punkt pädagogische Arbeit mit solchen Jugendlichen stattfinden könne (z.B. Buderus 1998).

Diskussionen der vergangenen Jahre und aktuelle Forschungsprojekte – so auch unseres – haben ihren zentralen Bezugspunkt in den derzeitigen Geländegewinnen der extremen Rechten und der Konsolidierung einer neuen rechten Kraft in Gestalt der AfD. Diese Partei nutzt ihre mittlerweile umfassende parlamentarische Präsenz bis in die kommunale Ebene, um politisch unliebsame Akteur*innen und Konzepte anzugreifen, ihre Förderungswürdigkeit zu hinterfragen, Diskurslinien zu verschieben und auf diese Weise politische Erfolge zu erzielen (Butterwege/Hentges/Wiegel 2018; Hafener u.a. 2018a).



Foto: M. Essberger

Ein Teil dieses Wirkens zielt dabei auf die Felder Kultur und (Sozial)Pädagogik, also auf gesellschaftliche Bereiche, in denen in zentraler Weise soziale und kulturelle Werte und Normen ausgehandelt und gelebt werden.

Eine noch laufende Studie von Benno Hafener und Kolleg*innen zu Parlamentarischen Anfragen und Anträgen der AfD kommt zu dem Zwischenergebnis, dass sich die Aktivitäten auf das gesamte Feld pädagogischer Praxis richten, beginnend bei Schule bis hin zu den in SGB VIII geregelten verschiedenen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie der politischen Bildung (Hafener u.a. 2018b; Hafener 2020). Zwar ist (noch) nicht von einem hohen Maß an Systematisierung zu sprechen, es lassen sich in dem gesichteten Material aber schon jetzt verschiedene Interventionsmodi und

Die maßgeblichen Akteur*innen der von uns untersuchten Infragestellungen unterscheiden sich.

-techniken erkennen. Zum Ersten kann zwischen offenen/direkten und indirekten/verdeckten Angriffen unterschieden werden (Hafener 2020). Erstere zielen auf bestimmte Themen als auch auf bestimmte Akteur*innen und sind verbunden mit Delegitimierungen, Feindmarkierungen sowie konkreten Forderungen nach Einstellung der Förderung. Zweitere sind verbunden mit „vermeintlich neutral und technisch formulierten, zunächst harmlos erscheinenden Anfragen“ (Hafener 2020), mit denen „ein (vermeintlich legitimes) Aufklärungs- und Informationsinteresse vorgetäuscht“ (ebd.) wird. Zum Zweiten besitzen die Angriffe unterschiedliche Funktionen. Sie reichen von der Erzeugung von Unsicherheit und dem Aufbau von Rechtfertigungsdruck (ders.) bis zur Einschränkung von demokratischen Handlungsräumen durch die Besetzung des Diskurses.

Zum Dritten wird dabei strategisch und rhetorisch nicht nur auf Politisierung, sondern in gewissem Sinne auch auf politische Entleerung gesetzt. Das für die politische Bildung formulierte „Neutralitätsgebot“ wird instrumentalisiert, vorsätzlich fehlinterpretiert und zudem auf andere Arbeitsfelder ausgeweitet, um pädagogische Praxis und demokratisches Engagement mit „Einseitigkeitsvorwürfen“ zu konfrontieren (ders.).

Exemplarisch für Nordrhein-Westfalen haben Christoph Gilte und Birgit Jagusch (2019) in einer breit angelegten Erhebung unter pädagogischen Fachkräften untersucht, ob (und wie) sich ein allgemeiner gesellschaftlicher „Rechtsruck“ auch in ihren Arbeitsfeldern auswirkt (siehe auch der Beitrag in diesem Heft, S. 8-15). Dabei identifizieren die Autor*innen drei Handlungs- und Untersuchungsdimensionen: erstes „eigene (karitativ-inszenatorische, gemeinschaftsbildende und Selbsthilfe-)Angebote“ der „Neuen Rechten“ (dies.: 50 ff.); zweitens „externe Einflussnahmen“ auf bestehende Strukturen der Sozialen Arbeit in Form von Angriffen auf Struktu-



Foto: QuadratestadtMannheim_flickr

ren, Bedrohungen von Einrichtungen und Einzelpersonen, sozialräumliche Inszenierungen sowie Agenda Setting (dies.: 62 ff.); drittens „interne Einflussnahmen“ durch Mitarbeiter*innen, die der ‚Neuen Rechten‘ angehören, in Form von bloßer Präsenz, aktiver Diskriminierung, allgemeiner Artikulation von Positionen sowie diskursiven Orientierungen (dies.: 79 ff.). Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass dabei besonders Arbeitsbereiche im Fokus stehen, „die entweder zu den zentralen Themenfeldern der Neuen Rechten gehören oder die als Vehikel genutzt werden, um neue Anhänger*innen zu gewinnen: Soziale Arbeit im Kontext von Migration und Interkulturalität sowie im Bereich von Gender und Sexualität, Jugendarbeit und Unterstützungsangebote in Armutslagen“ (dies.: ii). Dabei zeigen sich rassistische Argumentationsmuster „über alle Formen der Land- und Einflussnahmen als die zentrale Denkfigur, die immer wieder aufgerufen wird“ (ebd.). Zugleich „kann von einer neuen Dominanz oder einem neurechten Mainstream in der Sozialen Arbeit in NRW zurzeit nicht gesprochen werden“ (dies.: ii). Einflussnahmen finden vor allem dort statt, wo bereits gewachsene Strukturen der extremen Rechten existieren. Zugleich erschweren eine „ausgebaute soziale Infrastruktur und der Bezug etablierter Akteure der Sozialen Arbeit auf normative Positionen wie die Verwirklichung der Menschenrechte, auf Autonomie und Demokratie [...] die Einflussnahme neurechter Bewegungen“ (ebd.).

4. Welche Relevanz können unsere Befunde haben?

Die Ergebnisse der genannten Studien weisen pädagogische Arbeitsfelder als attraktives und hoch frequentiertes Ziel (neu-)rechter Bemühungen um Einflussnahme aus. Sie repräsentieren eine themen- und akteursbezogene Schärfung, mit der tiefere Befunde zu aktuellen Dynamiken und Richtungen politischer Interventionen gewonnen werden. Unsere Erhebung folgt diesen Perspektiven. Zugleich haben wir eine Erweiterung und eine Fokussierung vorgenommen. Die Erweiterung besteht darin, dass wir nicht ausschließlich nach Interventionen fragen, die von Akteur*innen der (extremen) Rechten ausgehen. Diesbezüglich erweitern wir die Anfrage auch auf andere politische Akteur*innen sowie auf Behörden. The-

matisch – dies zeigen die Rückmeldungen – eröffnen wir damit einen größeren Blick auf unterschiedliche Inhalte und Modi politischer Interventionen. Die Fokussierung besteht darin, dass wir uns auf das Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit konzentrieren. Diese Entscheidung hat zum einen forschungspragmatische Gründe. Sie folgt aber auch der Überlegung der exemplarischen Verdeutlichung in einem Arbeitsfeld, das – anders als beispielsweise die politische Bildung und die Jugendverbandsarbeit – sehr breite Kreise von Jugendlichen anspricht, aufgrund seiner Offenheit eventuell interventionsanfälliger ist und zugleich – vielen fachpolitischen Darstellungen zum Trotz – nicht als erstes mit „Politik“ in Verbindung gebracht wird. Die anschließende Ausweitung auf alle Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit in einer zweiten Studie wird jedoch bereits angedacht.

Unsere ersten Befunde liegen auf der Linie der beschriebenen Studien, ergänzen diese aber um weitere Facetten:

Es zeichnet sich ab, dass sich politische Interventionen vielfach gegen Einrichtungen richten, die als ‚links‘ markiert werden, etwa weil sie ‚linke‘ Jugendliche ansprechen oder ihnen Räume zur Verfügung stellen. Daneben richten sie sich gegen Einrichtungen, deren Praktiken in negativer Diktion ‚linken‘ Einstellungen zugeordnet werden. Um in die Kritik zu geraten, reichen dafür bereits inklusions- und menschenrechtsorientierte sowie parteiliche Aktivitäten, die Unterstützung bestimmter Anliegen junger Menschen etc. aus. Schließlich geraten Einrichtungen auch aufgrund ihrer Besucher*innenstruktur (z.B. Jugendliche mit ‚Migrationshintergrund‘) oder aufgrund von Angeboten, die jugendlichen Eigensinn in einem als kritisch gesehenen Ausmaß zu lassen, in den Fokus. Zum Teil wird argumentativ auf „Links-extremismus“ etc. abgehoben. Davon ausgehend wird mit Hilfe des Neutralitätsnarrativs jegliche ‚Politik‘ aus der Arbeit zu verbannen versucht. Zu einem Teil werden damit auch grundlegende Prinzipien der offenen Gelegenheitsstruktur Jugendarbeit konzeptionell in Frage gestellt. Die maßgeblichen Akteur*innen der von uns untersuchten Infragestellungen unterscheiden sich entsprechend. Sie lassen sich in jedem Fall nicht umstandslos einer bestimmten Partei, wie der AfD zuordnen. Zwar spielt die AfD eine zentrale Rolle. Letztlich steht und fällt die Nachhaltigkeit von Infragestellungen und Interventionen jedoch durch das Zusammenspiel verschiedener Kreise: Parteien, Wählervereinigungen, Jugendamts-Strukturen und Jugendhilfeausschüsse.



Dr. Nils Schuhmacher
ist Lehrbeauftragter im Fachgebiet
Kriminologische Sozialforschung
an der Universität Hamburg.

Gegenüber konkreten Angriffen spielen v.a. auch Befürchtungen und die Suche nach Umgangsweisen eine Rolle. Zu den Umgangsstrategien gehört auf der einen Seite eine verstärkte konzeptionelle Schärfung und auch Inanspruchnahme bestehender Netzwerkstrukturen. Auf der anderen Seite zeichnen sich Prozesse vorseilender Anpassung ab, sowohl auf der Ebene der Gestaltung von Angeboten als auch auf der Ebene der öffentlichen Darstellung dieser Angebote.

5. Schluss

Mit diesen ersten Befunden wird deutlich, dass mit den untersuchten politischen Interventionen der Kern einer Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Frage gestellt wird, die für alle jungen Menschen da ist, ihre Anliegen und ihren Eigensinn aufgreift und ihre politische und gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe unterstützt. An den sehr kurzen ersten Eindrücken lässt sich ablesen, dass die erfassten Interventionen immer gleichzeitig eine fachliche als auch eine gesellschaftliche Dimension aufweisen: Auf der einen Seite berühren Infragestellungen und Interventionen Konzepte und Selbstverständnisse von Jugendarbeit. Sie werfen die Frage auf, wie und mit

Literatur:

- Böhnisch, L. (1982): Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit. Neuwied, Darmstadt.
- Buderus, A. (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn.
- Butterwegge, C./Hentges, G./Wiegel, G. (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt a.M.
- Gille, C./Jagusch, B. (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen. Düsseldorf: FGW.
- Giesecke, H. (1983): Die Jugendarbeit. 6. Aufl. München.
- Hafener, B. (2020): AfD - Aktivitäten in Landtagen zur „Jugendförderung, Jugendarbeit und politischen Bildung“. In: deutsche jugend, 5 (68), 199-202..
- Hafener, B./Jestädt, H./Klose, L.-M./Lewek, P. (2018a): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Schwalbach/Ts.
- Hafener, B./Jestädt, H./Klose, L.-M./Lewek, P. (2018b): Kinder- und Jugendpolitik der AfD. In: deutsche jugend, 7-8(66), 331-343.
- Hurrelmann, K./Holler-Nowitzki, B. (1988): Pädagogische Intervention. In: Hörmann, G./Nestmann, F. (Hg.): Handbuch der psychosozialen Intervention. Opladen: Westdeutscher Verlag, 81-92.



Moritz Schwerthelm

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Sozialpädagogik, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Hamburg.



Foto: Dolle Deerns e.V.

wem Jugendarbeit umgesetzt wird, welchen gesellschaftlichen Nutzen sie hat und welche professionelle ‚Haltung‘ dafür notwendig ist. Auf der anderen Seite folgen Infragestellungen und Interventionen im Arbeitsfeld übergreifenden politischen Debatten und Interessen und können auch zur weiteren Verfestigung bestimmter Entwicklungen sowie der Veränderung und Festigung von Strukturen beitragen.

- Klatetzki, T. (2010): Zur Einführung: Soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen als Typus. In: Ders. (Hg.). Soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen. Soziologische Perspektiven. Wiesbaden, 7-24.
- Meinhold, M. (1988): Intervention in der Sozialarbeit. In: Hörmann, G./Nestmann, F. (Hg.): Handbuch der psychosozialen Intervention. Opladen, 70-80.
- Schwerthelm, M. (2020, i.E.): Offene Kinder- und Jugendarbeit als hybride Organisation – ein Modell zur Diskussion ihrer Funktionen. In: Ders./Deinet, U./Sturzenhecker, B./Schwanenflügel, L. v. (Hg.): Handbuch Offener Kinder- und Jugendarbeit. 5., völlig erneuerte und erweiterte Auflage. Wiesbaden.
- Schwerthelm, M./Sturzenhecker, B. (2016): Die Jugendarbeit nach § 11 – Erfahrungsraum für Subjekt- und Demokratiebildung. Link: www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/files/schwerthelm-sturzenhecker-2016-jugendarbeit-nach-p11.pdf [03.04.2020].
- Steinacker, S. (2013): Was wir wollen, Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in den siebziger Jahren. In: Braches-Chyrek, R. u.a. (Hg.): Bildung, Gesellschaftstheorie und Soziale Arbeit. Opladen, Toronto, 261-273.
- Templin, D. (2015): Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Göttingen.



Gillian Zimmermann

ist Studentin des M.A. Internationale Kriminologie an der Universität Hamburg und arbeitet im Bereich Bildungsgerechtigkeit.